

Wortprotokoll

Öffentliche Sitzung

Ausschuss für Bildung, Jugend und Familie

73. Sitzung
3. September 2026

Beginn: 14.05 Uhr
Schluss: 18.22 Uhr
Vorsitz: Sandra Khalatbari (CDU)

Vor Eintritt in die Tagesordnung

Siehe Beschlussprotokoll.

Punkt 1 der Tagesordnung

- a) **Aktuelle Viertelstunde**
- b) **Bericht aus der Senatsverwaltung**

Siehe Inhaltsprotokoll.

Punkt 2 der Tagesordnung

Wahl des stellvertretenden Schriftführers

Siehe Inhaltsprotokoll.

Punkt 3 der Tagesordnung

- a) Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs [0438](#)
Berliner Konflikt- und Gewaltbarometer –
Erkenntnisse der wissenschaftlichen Untersuchung
zu Konflikten und Gewalt an Schulen
(auf Antrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der
SPD) BildJugFam
- b) Antrag der AfD-Fraktion [0149](#)
Drucksache 19/0974 BildJugFam(f)
Nach den Messerangriffen auf Schülerinnen in
Neukölln nicht einfach zur Tagesordnung übergehen
– Die Opfer verdienen eine unmittelbare Reaktion InnSichO*
- c) Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs [0412](#)
Null-Toleranz-Politik gegen Gewalt an Schulen:
Schüler und Lehrer schützen!
(auf Antrag der AfD-Fraktion) BildJugFam
- d) Antrag der AfD-Fraktion [0419](#)
Drucksache 19/3036 BildJugFam
Null-Toleranz gegen Gewalt an Schulen: Schüler und
Lehrer wirksam vor Angriffen schützen

Siehe Inhaltsprotokoll.

Punkt 4 der Tagesordnung

- Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs [0441](#)
10 Jahre Berliner Schulbauoffensive – Bilanz,
Erfolge und Perspektiven
(auf Antrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der
SPD) BildJugFam

Siehe Inhaltsprotokoll.

Punkt 5 der Tagesordnung

Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs
**Starke Kitas für Berlin: Wie gelingt ein guter Start
ins Kita-Jahr und wie sichern wir eine vielfältige,
leistungsfähige Trägerlandschaft aus Kita-
Eigenbetrieben und freien Trägern?**
(auf Antrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der
SPD)

[0442](#)
BildJugFam

Siehe Inhaltsprotokoll.

Vorsitzende Sandra Khalatbari: Wir kommen zu

Punkt 6 der Tagesordnung

- a) Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs
**Förderung und Ausbau von Gemeinschaftsschulen
in Berlin**
(auf Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und
der Fraktion Die Linke)
- b) Antrag der Fraktion Die Linke
Drucksache 19/2661
**Eine Schule für alle: Mehr Gemeinschaftsschulen für
Berlin!**
- c) Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Drucksache 19/3241
**Landesprogramm „Ausbau und Stärkung
Gemeinschaftsschule“**
- d) Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs
**Entwicklung und Perspektiven von
Gemeinschaftsschulen**
(auf Antrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der
SPD)

[0162](#)
BildJugFam

[0374](#)
BildJugFam

[0435](#)
BildJugFam

[0440](#)
BildJugFam

Hierzu: Anhörung

Zu den Punkten 6 a und 6 d führen wir eine Anhörung durch, und ich gehe davon aus, dass die Anfertigung eines Wortprotokolls zu diesen Punkten gewünscht ist. – Das ist der Fall. Dann darf ich nun die Anzuhörenden und Vertreter der Bezirke zu den Punkten 6 a bis 6 d sehr herzlich begrüßen. Das sind Herr Bezirksstadtrat Benjamin Fritz, Leiter des Geschäftsbezirks Sport und Schule des Bezirksamts Mitte – herzlich willkommen! –, Herr Robert Giese, Vorsitzender des Landesverbandes Berlin der Gemeinnützigen Gesellschaft Gesamtschule – Verband für Schulen des gemeinsamen Lernens e. V. und Sprecher des Netzwerks der Ge-

meinschaftsschulen Berlin – ein herzliches Willkommen Ihnen! – in Begleitung von Frau Clara Wengler, Sprecherin der Vereinigung der Schulleiterinnen und Schulleiter in der GGG Berlin – auch Ihnen ein herzliches Willkommen! –, Herr Bezirksstadtrat Andy Hehmke, Leiter des Geschäftsbereichs Schule, Sport und Facility Management des Bezirksamts Friedrichshain-Kreuzberg – herzlich willkommen! – und Herr Matthias Sandau, Projektleitung Senior Researcher bei FiBS Forschungsinstitut für Bildungs- und Sozialökonomie. Auch Ihnen ein herzliches Willkommen!

Wir starten auch aufgrund der Zeit sehr zeitnah und zügig jetzt mit der Begründung des Besprechungsbedarfs zu 6 a durch die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen oder die Linksfraktion. – Herr Krüger nimmt das Mikro. – Bitte sehr, Sie haben das Wort!

Louis Krüger (GRÜNE): Vielen Dank! – Ich versuche, es kurz zu machen, damit wir noch möglichst viel Zeit für die Anhörung haben. Uns war es wichtig, die Gemeinschaftsschule als Schulform auf die bildungspolitische Tagesordnung zu holen, weil es die Schulform ist, die am stärksten zur Bildungsgerechtigkeit beitragen kann, und das ist ein Thema, das uns alle beschäftigen sollte, für das wir viel unternehmen. Wir sehen aber, dass zu wenig getan wird, um die Gemeinschaftsschule in Berlin strukturell zu stärken. Deswegen gibt es Anträge von uns und von der Linksfraktion. Wir erhoffen uns von der Anhörung noch ein paar interessante Hinweise aus den verschiedensten Perspektiven, aus der Wissenschaft, aus der Schulpraxis, aber auch aus der bezirklichen Herangehensweise, um gemeinsam zu schauen, wie wir die Gemeinschaftsschule in Berlin als Schulform stärken können, denn es gibt einen Bedarf. Es gibt Eltern, Schülerinnen und Schüler, die gern eine Gemeinschaftsschule in Berlin besuchen würden. Wir hatten vorhin die Zahlen. Da ist für den Ausbau zu wenig getan geworden. Das muss auf jeden Fall auch in der nächsten Legislaturperiode ein Projekt sein. Heute können wir sicher noch einige Erkenntnisse mitnehmen, was wir in der nächsten Legislaturperiode an den Start bringen können.

Vorsitzende Sandra Khalatbari: Vielen Dank, Herr Krüger! Bevor ich 6 b aufrufe, darf ich fragen, haben Sie 6 c gleich mitbegründet, oder ist das separat? – Danke schön! Wunderbar, dann haben wir auf jeden Fall ein bisschen mehr Zeit für den gemeinsamen Austausch. Lieben Dank! – Dann kommen wir zu 6 b durch die Fraktion Die Linke. Vorab darf ich noch darauf hinweisen, das Berichtsdatum 31. März ist abgelaufen, dass Sie vielleicht dazu kurz noch etwas sagen. – Bitte sehr, Frau Brychey!

Franziska Brychey (LINKE): Vielen herzlichen Dank in unserer letzten Sitzung! – Die Gemeinschaftsschule ist die Schule der Zukunft. Es ist so, dass sie nicht aussortiert, sondern Schülerinnen und Schülern einen Bildungsaufstieg ermöglicht unabhängig von ihrer sozialen Herkunft, und dass sie inklusiv arbeitet. Wir haben ein Förderprogramm vorgelegt. Wir möchten gern die Anzahl der Gemeinschaftsschulen verdoppeln, bis 2031 zwei neue Gemeinschaftsschulen pro Bezirk, und bestehende Gemeinschaftsschulen stärken. Wir möchten die BSO, unsere Berliner Schulbauoffensive, auf die Gemeinschaftsschule ausrichten und Schulen, die das wünschen, Fusion und Umwandlung ermöglichen und hierfür auch ein Förderkonzept vorlegen. Alle Gemeinschaftsschulen sollen eine eigene Oberstufe erhalten, und die wissenschaftliche Begleitung soll fortgesetzt werden. Das möchten wir gern heute diskutieren und würden uns über Zustimmung zu unserem Antrag freuen. – Danke!

Vorsitzende Sandra Khalatbari: Können Sie noch kurz etwas zu dem Berichtsdatum sagen?

Franziska Brychey (LINKE): Ja, dann nehmen wir den 31. Dezember. – Danke schön!

Vorsitzende Sandra Khalatbari: Dann wird das Berichtsdatum auf den 31. Dezember 2026 geändert. Vielen Dank! – Dann kommen wir nun zur Begründung des Besprechungsbedarfs zu 6 d durch die Fraktion der CDU und/oder der SPD. – Herr Kollege Bocian, bitte sehr!

Lars Bocian (CDU): Danke, Frau Vorsitzende! – Wir möchten heute über die Entwicklung und Perspektiven von Gemeinschaftsschulen sprechen. Wir sehen es nicht so, dass die Gemeinschaftsschulen das Nonplusultra sind. Wir werden auch gleich von der Senatsverwaltung hören, dass Gemeinschaftsschulen nicht benachteiligt sind oder zu wenig gebaut werden. Deswegen wollen wir die Perspektiven auch für Eltern setzen. Wir wollen das Elternwahlrecht an die erste Stelle stellen. Die Eltern sollen entscheiden, welchen Bildungsweg ihre Kinder einschlagen können und sollen. Vor allen Dingen möchten wir, dass alle Bildungswege allen Kindern offenstehen. Dafür müssen wir einen guten Mix aus den Schulen hier in der Stadt haben, und dafür treten wir ein.

Vorsitzende Sandra Khalatbari: Frau Dr. Lasić, bitte sehr!

Dr. Maja Lasić (SPD): Ich erhoffe mir von der Anhörung, dass wir ein bisschen weiter kommen als die übliche Polarisierung, die wir innerhalb des Parteienspektrums haben, wo die drei eher linken Parteien Gemeinschaftsschulen super finden und die eher konservativen Parteien sie schlecht finden, sondern dass wir eher systematisch darüber sprechen, wenn man annimmt, dass man mehr Gemeinschaftsschulen haben will oder dass man die Säule von Integrierten Sekundarschulen und Gemeinschaftsschulen an sich stärken will: Wie läuft das? Wie passiert das in der Praxis? – Es reicht nicht, dass wir auf der Landesebene einen Antrag beschließen, und dann kommen die Gemeinschaftsschulen, sondern wir sprechen über Zweistufigkeit, über systemischen Ausbau aus den Bezirken heraus. Es gibt Grenzen dessen, was das Land steuern kann. Es gibt Sachen, die das Land machen kann, es gibt aber auch Grenzen.

An der Stelle interessiert mich vor allem die bezirkliche Perspektive. Ich freue mich, dass wir zwei verschiedene Stadträte dahaben, die ihren Beitrag dazu leisten können. Auch interessiert mich vor dem Hintergrund die Perspektive der Bezirke, weil die Vertreterinnen und Vertreter der Gemeinschaftsschulen – – Natürlich ist es ihr Job, in der Rolle sind sie hier, dass sie ihre Säule favorisieren, aber entscheidend ist: Was passiert bei dem singulären Ausbau der Gemeinschaftsschulen zum Beispiel mit benachbarten Integrierten Sekundarschulen, die keine eigene Oberstufe haben? Welche Auswirkungen hat es auf die gesamte Landschaft, wenn man sich singulär einer Schulart widmet? Ist es nicht klüger, die ganze Landschaft im System zu betrachten, die gegenseitige Wirkungsweise der verschiedenen Säulen, und an der Stelle auf einen systemischen Ausbau, zum Beispiel der Integrierten Sekundarschulen mit den Verbundoberstufen in Gänze zu setzen? Das heißt, wie schafft man es, dass man von der Betrachtung von singulären Standorten hin zu systemischen Landschaften in den Bezirken kommt? Das wäre etwas, das ich bisher in vergleichbaren Anhörungen nicht gehört habe, und wo ich mich über Inputs, insbesondere der bezirklichen Vertreter, freue.

Vorsitzende Sandra Khalatbari: Vielen Dank! – Dann kommen wir nun zur einleitenden Stellungnahme des Senats, und wir beginnen mit Frau Senatorin Günther-Wünsch. – Bitte sehr!

Senatorin Katharina Günther-Wünsch (SenBJF): Vielen Dank, Frau Vorsitzende! – Ich will das relativ kurz halten, damit wir die Anzuhörenden noch hören und auch in den Austausch gehen können. Ich würde nur gern grundsätzlich etwas sagen, weil postuliert wird, dass in den letzten drei Jahren kein Ausbau der Gemeinschaftsschulen stattgefunden hat. Das ist mitnichten so. Ich kann Ihnen gern einmal sagen: Von 2016 bis 2021 gab es drei Umwandlungen von Schulstandorten in Gemeinschaftsschulen. In den letzten drei Jahren, beginnend mit dem Schuljahr 2024/2025 bis zum jetzigen Schuljahr, sind es insgesamt sechs Umwandlungen, die begleitet worden sind, also in einer halben Legislaturperiode deutlich mehr als in all den Jahren davor. Ich sage das deshalb, weil keiner dieser Hausleitungen etwas anderes unterstellt wird. Ich glaube, es wird niemanden verwundern, dass ich grundsätzlich ein Fan der Gemeinschaftsschulen bin. Jetzt gehen Grüße raus an den ehemaligen Kollegen aus Neukölln. Ich habe die Mehrwerte der Gemeinschaftsschule selbst erfahren dürfen, und trotzdem unterscheidet mich, glaube ich, von dem einen oder anderen hier im Raum, dass ich nie für Pauschalurteile zu gewinnen bin und auch nicht der Meinung bin, dass es eine Schulform gibt, die alle Probleme löst. Ich sage es ganz deutlich: Auch die Gemeinschaftsschule, rein aufgrund ihrer strukturellen Organisation, ist deswegen nicht die bessere Schulform, geschweige denn, weil sie mehr Inklusion macht, denn dann muss die Inklusion auch gut gemacht werden. Auch ist gemeinsames längeres Lernen nicht per se ausschlaggebend dafür, dass mehr Bildungserfolge erzielt werden. Das geben übrigens auch die Daten nicht her. Darauf können wir gern später noch eingehen. Gerade in den letzten Jahren ist es mitnichten so, dass an den Gemeinschaftsschulen die Lernerfolge größer sind, die Abschlussquoten höher sind oder die Übergänge besser erfolgen. Im Gegenteil, wir sehen insbesondere, zum Beispiel bei den VERA-Arbeiten, dass wir dort eher eine Diskrepanz und einen Leistungsabfall haben. Ich will das gar nicht bewerten, ich möchte nur diesem Argument etwas entgegensetzen, und dass das datengestützt ist, also dass das nichts Gefühltes ist, sondern die Fakten sind, die die Schulen selbst in die Datenbanken einpflegen.

Nichtsdestotrotz halte ich daran fest, und das macht die Liste deutlich, die in meiner Amtszeit entstanden ist, dass wir sehr wohl Schulen, die sich auf den Weg machen, sich in eine Gemeinschaftsschule umzuwandeln, sehr gern unterstützen. Gleichzeitig haben wir aber auch gesagt, dass wir daran interessiert sind, weiterhin alle Schulformen umzusetzen – Schrägstrich – zu bauen; das ist der Punkt vorher gewesen.

Ich finde den Punkt sehr spannend, den Frau Lasić gerade aufgemacht hat. Ich glaube, dass das der Weg ist, den wir zukünftig gehen müssen: einmal in eine gesamtstädtische Steuerung zu kommen und auch wirklich zu schauen, was das bedeutet.

Ich möchte gleichzeitig trotzdem den Hinweis geben, dass wir gerade, wenn wir über die Oberstufen reden, ob über Oberstufenverbünde oder die einzelnen Oberstufen, aufgrund der Rechtsvorgaben in einer Situation sind, dass genau das im Land Berlin der größte Personalfresser ist. Das will ich ganz klar sagen, dass wir sowohl durch die Verbünde als auch die Entscheidungen in der Vergangenheit, an so viele Schulen eine Oberstufe dranzuhängen, ob an ISS oder Gemeinschaftsschulen, die Situation haben, dass wir Kursstrukturen mit fünf bis sieben Schülerinnen und Schülern haben, weil uns die KMK-Vorgaben dazu zwingen, den Schülern die Chancen zu geben, gewisse Kursstrukturen vorzuhalten. Ich sage das deshalb, weil das natürlich im Sinne des effizienten Ressourceneinsatzes ist, und dass wir darunter, in Grundschulen, in ISS und Gemeinschaftsschulen von Klasse 7 bis 10, immer wieder die De-

batte führen, dass uns Lehrkräfte im Sinne der Förderung, der individuellen Angebote, der gelingenden Inklusion fehlen, dass man diese Debatte an dieser Stelle dann wirklich bitte auch ehrlich führen muss, und ich deswegen den Punkt sehr spannend finde, in solch eine gesamtstädtische oder bezirkliche Steuerung zu kommen, je nachdem, wie groß man den Sozialraum halten will. Ich finde gut, dass wir dahin kommen.

Vorsitzende Sandra Khalatbari: Vielen Dank, Frau Senatorin! – Dann kommen wir nun zur gemeinsamen Anhörung. Sofern keine anderweitigen Verabredungen getroffen wurden, schlage ich vor, dass wir die Anhörung in der alphabetischen Reihenfolge durchführen. Dann starten wir mit dem Bezirksstadtrat Fritz. – Bitte schön! Fünf Minuten, Sie haben das Wort.

Bezirksstadtrat Benjamin Fritz (BA Mitte; Leiter des Geschäftsbereichs Schule und Sport): Vielen Dank, Frau Ausschussvorsitzende! – Ich freue mich, dass ich heute hier sein darf, um zu dem Thema zu sprechen. Herr Staatssekretär Kühne hat vorhin schon einen Einblick gegeben, wie umfangreich die Zahlenwelt dazu ist. Für uns im Bezirk ist natürlich grundlegend zu sagen, dass wir unsere Schulplanung und Schulentwicklung aktuell und auch in der Zukunft an dem Bedarf ausrichten, den wir in den jeweiligen Bezirken haben. Bei einer Änderung des Schulnetzes müssen die Auswirkungen auf das Schulnetz als Ganzes berücksichtigt werden, und Neugründungen oder Umwandlungen von Schulen allein aufgrund der Absicht, die Zahl von Gemeinschaftsschulen zu erhöhen, sind für uns nicht zielführend. Die Änderungen müssen in den Gesamtschulnetz- und Schulentwicklungsplan eingebettet werden, da sie, wie Frau Dr. Lasić eben angesprochen hat, auch Wechselwirkungen haben können; das heißt für uns vor allem mit Blick auf den Grundschul- und den Oberschulbereich. Das bedeutet für uns als Bezirk ganz konkret, dass in den vorgesehenen Schulplanungsregionen oder an den Schulstandorten sowohl ein Bedarf an Grundschulplätzen als auch an Oberschulplätzen vorhanden sein muss. Ich werde gleich noch mal genauer auf die Situation bei uns in Mitte eingehen. Das ist mittlerweile nicht mehr überall so gegeben, vor allem im Grundschulbereich. Die Bestandsschulgebäude, die gegebenenfalls umgewandelt werden, müssen auch die baulichen Voraussetzungen für die jeweiligen Räume erfüllen, und – das verbindet vielleicht Kollegen Hehmke und mich – in Mitte, als Innenstadtbezirk, ist es nicht so, dass wir endlos Platz haben, um uns verbreitern zu können.

Wenn ich jetzt mal konkret in meinen Bezirk schaue, nach Mitte: Wir haben derzeit zwei Gemeinschaftsschulen. Das ist einmal die Heinrich-von-Stephan-Gemeinschaftsschule mit einer 2-4-2-Zügigkeit und einmal die Theodor-Heuss-Gemeinschaftsschule mit einer 2,5-4-3-Zügigkeit. Die Situation an den beiden Schulen stellt sich sehr unterschiedlich dar. Man kann festhalten, dass an der Heinrich-von-Stephan-Gemeinschaftsschule das Konstrukt der Gemeinschaftsschule gut funktioniert. Die Gebäudeteile sind an einem Standort, die Schulgemeinschaft ist jahrgangsübergreifend unterwegs. Wir haben aber vor Ort nicht mehr viel Platz für etwaige Erweiterungen. Wenn man sich die Zahlen des Übergangs anschaut, wie viele Kinder aus den 6. Klassen an der Heinrich-von-Stephan-Schule in der 7. Klasse ankommen, haben wir eine Quote zwischen 74 Prozent und 90 Prozent. Das ist sehr gut. Wenn wir dagegen aber auf die Theodor-Heuss-Schule schauen, funktioniert dort das Konstrukt Gemeinschaftsschule nach unserer Auffassung ein Stück weniger gut. Das liegt auf der einen Seite bestimmt daran, dass es zwei unterschiedliche Gebäudeteile sind. Der Grundschulenteil und der Oberschulenteil sind 1,3 Kilometer auseinander. Das ist ganz sicher nicht im Sinne einer Gemeinschaftsschule. Die homogene Schülerschaft hat vor Ort überdurchschnittlich große soziale Herausforderungen. Wir haben dort, wenn wir jetzt auf die Zahlen schauen, wie viele Schülerinnen und Schüler aus den 6. Klassen in den 7. Klassen ankommen, eine Quote von 25 Prozent. Das zeigt ganz deutlich, dass man da schon Herausforderungen hat. Wir stellen an der Schule vor allem fest, dass wir ganz viele Schülerinnen und Schüler haben, die die Theodor-Heuss-Grundschule, den Grundschulenteil, nach der 4. Klasse verlassen, weil die Eltern vor Ort die Kinder auf Gymnasien schicken.

Der Blick in die Zukunft; es wurde gerade schon gesagt, was tun die Bezirke in der Zukunft? – Im Rahmen der Berliner Schuloffensive wird in der Pankstraße eine Schule saniert, neu gebaut, die eine Gemeinschaftsschule sein wird. Ich bin Staatssekretär Kühne sehr dankbar. Ich glaube, den Schulstandort Anna-Lindh-Schule kennen Sie hier fast alle aus verschiedenen Beratungen in den letzten Jahren. Auch da war der Wunsch der Senatsverwaltung und

des Bezirks, dass wir gemeinsam vor Ort eine Gemeinschaftsschule gründen, wenn dort saniert wird. Wir haben uns zusammen stark dafür eingesetzt, auch mit der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung. Da wird aber seitens der Arbeitsebene der SenFin beispielsweise der Grundschulbedarf gar nicht anerkannt, wodurch wir die notwendigen Gelder nicht erhalten, um diese Gemeinschaftsschule, die wir als Bezirk gesehen haben, die die Senatsverwaltung gesehen hat, vor Ort zu ermöglichen. – Vielen Dank erst einmal!

Vorsitzende Sandra Khalatbari: Vielen Dank, Herr Bezirksstadtrat! – Dann machen wir weiter mit Herrn Giese und Frau Wengler. Sie teilen sich die Zeit auf. Herr Giese beginnt. – Bitte sehr!

Robert Giese (Gemeinnützige Gesellschaft Gesamtschule – Verband für Schulen des gemeinsamen Lernens e. V.; Vorsitzender des Landesverbandes Berlin – GGG Berlin –): Sehr geehrte Damen und Herren! Ich freue mich, im Namen der GGG, des Gemeinschaftsschulverbandes in Berlin, zu Ihnen sprechen zu dürfen. Ich möchte als Erstes grundsätzlich betonen, dass wir als Verband das Ziel verfolgen, bundesweit zu einer einheitlichen Schulform zu kommen. Das wird einige nicht verwundern. Das deutsche Schulsystem befindet sich in einer grundsätzlichen Krise, wenn man sich die Ergebnisse anschaut, wenn man sich anschaut, dass wir 10 Prozent Schüler haben, die keinen Schulabschluss schaffen, und wenn wir uns anschauen, wie sich Inklusion entwickelt, nämlich eher nach hinten als nach vorn. Die Frage ist: Was will Politik überhaupt? Will Politik gestalten oder nicht? Hier ist immer wieder vom Elternwillen die Rede gewesen. Ich erinnere daran, dass bei der Auflösung sonderpädagogischer Förderzentren, bei der Abschaffung der Gesamtschulen, der Realschulen, der Hauptschulen nicht ein Elternteil gefragt wurde. Es wurde gemacht. Die Frage ist also: Was wollen wir politisch? Was muss dieses Land Berlin politisch erreichen? – Meines Erachtens ist es die Inklusion.

Wenn ich mir, Frau Günther-Wünsch hat es gesagt, die Vorteile der Gemeinschaftsschule ansehe und die Ergebnisse, dann kann man festhalten, erstens: Wir haben höhere individuelle Lernzuwächse als in den differenzierten Schularten. Das ist ein Ergebnis der ersten wissenschaftlichen Studie. Der Erfolg der Kinder wird getrennt vom Geldbeutel der Eltern. Wenn wir uns das gegliederte Schulsystem hier in Berlin ansehen, natürlich vor allen Dingen repräsentiert durch das Gymnasium, dann stellen wir fest, dass es zu einer sozialen Spaltung der Stadt führt oder sie verstärkt. Ich hatte das aufgeschrieben. Ich will jetzt nicht auf die einzelnen Daten eingehen, sondern erst mal die Fakten nennen. Wenn ich mit der Zeit hinkomme, dann kann ich dazu noch etwas sagen.

Das Zweite ist, dass insgesamt das Ziel, das Berlin vor circa 15 Jahren formuliert hat, nämlich höhere Abiturquoten zu erreichen, durch die ISS und die Gemeinschaftsschulen gelungen ist, doch nicht durch die Gymnasien, weil wir es schaffen, an den Schulen des gemeinsamen Lernens die Potenziale von Kindern bis zur 9., 10. Klasse so zu entwickeln, dass bei vielen der Knoten platzt, wie man so schön sagt, und sie es dann doch schaffen, das Abitur anzugehen, und nicht am Ende der 6. Klasse ausgeschlossen werden, weil sie keine Gymnasialempfehlung bekommen.

Das Entscheidende für mich ist tatsächlich die Frage der Inklusion. Es gibt keine andere Schulart als die Gemeinschaftsschule in Berlin, die Inklusion besser gestalten kann. Warum? – Weil die Gemeinschaftsschulen Schulen des langen gemeinsamen Lernens sind. Das

heißt, wenn ich bei einem einzelnen Kind feststelle, dass er, wie es vorhin formuliert wurde, in seiner bisherigen Entwicklung bis zum Beginn der Schulzeit bestimmte Defizite aufgebaut hat, bestimmte Fehlverhalten – – Wir sprechen immer von emotional-sozialem Förderbedarf, um nicht sagen zu müssen: Der ist verhaltensgestört oder der hat ein Problem, mit anderen Menschen umzugehen. – Das kann man am besten beim langen gemeinsam Lernen begleiten. Man kann dem Schüler oder der Schülerin am besten helfen, diese Defizite zu überwinden. Warum? – Weil es keinen Wechsel nach der 6. Klasse oder nach der 10. Klasse an irgendeine andere Schulform gibt, sondern weil die Kinder von der 1. Klasse bis zum Schulabschluss gemeinsam lernen und von denselben Menschen betreut werden können. Erziehung funktioniert über Beziehung. Das heißt, es braucht Zeit, und es braucht Profis. Das heißt, es sind die Sonderpädagogen, die Sozialpädagogen. Auch die temporären Kleingruppen, die schon erwähnt wurden, spielen hier eine ganz entscheidende Rolle, dass man Kinder zeitweilig aus ihren Klassen herausnehmen kann und sie individuell fördert.

Vorsitzende Sandra Khalatbari: Ich möchte nur darauf hinweisen: Wenn Frau Wengler auch noch etwas sagen möchte, dann sollten Sie – – Sie haben eine aufgeteilte Redezeit von fünf Minuten.

Robert Giese (GGG Berlin): Wir haben es so gemacht, dass wir bei der Befragungsrunde eher – –

Vorsitzende Sandra Khalatbari: Okay, gut!

Robert Giese (GGG Berlin): Ich will noch auf die Frage der Standorte eingehen. Wir haben hier formuliert, dass wir wollen, dass möglichst alle Schulneubauten künftig Gemeinschaftsschulen werden. Warum? – Das Konzept, das damals erarbeitet wurde – – Ich war in der Arbeitsgruppe, und mit Herrn Rackles und mit Frau Scheeres waren wir uns einig, dass dieses Projekt, das vor allem auf Inklusion setzt, auf gute Arbeitsplätze für Lehrer und auf den Ganztagsbetrieb, genau den Erfordernissen einer Gemeinschaftsschule entspricht. Wenn ich mir anschau: Ich war gestern mit am Heinrich-Hertz-Gymnasium, ein tolles Gebäude, wirklich schöne Bedingungen. Hat denn das Heinrich-Hertz-Gymnasium vor, sich in Richtung Inklusion zu bewegen? Warum bekommen sie ein Gebäude, das extra für Inklusion geplant ist, obwohl sie gar keine Inklusion betreiben? Diese Frage stelle ich mir, und ich stelle mir die Frage: Was will Politik hier eigentlich? Wie soll inklusive Schule in zehn Jahren in Berlin aussehen? Wir richten neue sonderpädagogische Förderzentren ein. Das ist doch absolut gegen Inklusion, das ist Exklusion.

Vorsitzende Sandra Khalatbari: Ich würde Sie bitten, auch zum Ende zu kommen, mit Blick auf die anderen Gäste.

Robert Giese (GGG Berlin): Gut! Ich glaube, ich habe erst mal genug gesagt. Es gibt bestimmt noch Fragen, und dann kann ich noch darauf eingehen. – Danke!

Vorsitzende Sandra Khalatbari: Prima! – Dann machen wir jetzt weiter mit Herrn Bezirksstadtrat Hehmke. – Bitte sehr!

Bezirksstadtrat Andy Hehmke (BA Friedrichshain-Kreuzberg; Leiter des Geschäftsbereichs Schule, Sport und Facility Management): Auch von meiner Seite vielen Dank für die Einla-

derung und die Möglichkeit, heute zum Thema Gemeinschaftsschule zu sprechen! Ich würde meinen Redebeitrag aufgrund der Einlassung meines Vorredners gern kurz erweitern. Das Heinrich-Hertz-Gymnasium ist an dieser Stelle neu gebaut worden, weil es zu meinem Amtsantritt Ende 2016 hieß, im Samariterkiez brauchen wir zwei zusätzliche Grundschulen, weil der Grundschulbedarf exorbitant wächst. Die einzige Möglichkeit – wer den Samariterkiez kennt, weiß, dass dort keine Flächen vorhanden sind –, den Grundschulbedarf dort zu befriedigen, war die Entscheidung, dass das Heinrich-Hertz-Gymnasium einen neuen Standort beziehen muss, um dort Grundschulkapazitäten zu schaffen. Darüber ist die Zeit hinweggegangen. Wir werden dort ISS-Kapazitäten schaffen und keine Grundschulkapazitäten, aber das war der Anlass für den Ersatzneubau. Ich würde mir sehr wünschen, und ich weiß auch, dass einige Gymnasien das in einem gewissen Umfang tun, wenn mehr Gymnasien in die Situation kommen und es sich selbst zur Aufgabe machen, mehr Inklusion zu leisten als bisher. Die baulichen Voraussetzungen sind natürlich am neuen Ort geschaffen.

Ich kann Sie beruhigen: Auch wenn man als Schulstadtrat einen Neubau eines grundständigen Gymnasiums befürwortet, heißt das nicht, dass man an anderen Stellen nichts tut. Wir haben in Friedrichshain-Kreuzberg vor Kurzem auf meinen Vorschlag und meine Initiative hin ein früheres Förderzentrum in eine – und jetzt hören Sie zu – inklusive Gemeinschaftsschule und inklusive Schwerpunktschule umgewandelt. Das soll erst mal jemand hinkriegen. Das war nicht ganz ohne politischen Widerstand, weil die vorhandene, am Ort ansässige benachbarte Grundschule dafür weichen muss. Auch ein solches Modell ist aber durch bezirkliche, mehrheitlich getragene Entscheidungen möglich.

Zum Thema Gemeinschaftsschule lassen Sie mich ein paar Stichworte ausführen. Ich glaube nicht, dass wir aufgrund des zukünftigen Neubauvolumens – Staatssekretär Dr. Kühne hat vorhin ausgeführt, dass die Schulbauoffensive in den nächsten Jahren – natürlich brauchen wir noch Neubauten – vom absoluten Fokus auf Neubau eher in Richtung Sanierung umgesteuert werden muss, denn sonst haben wir mit Neubauten nichts gewonnen, wenn vorhandene Schulen dann möglicherweise im schlimmsten Fall vom Netz gehen, weil sie nicht saniert werden. Die Erwartung, dass man pro Bezirk mindestens zwei Gemeinschaftsschulen und damit landesweit 24 durch Neubau schafft, halte ich für eine Illusion, denn erstens fehlen dafür die Flächen und zweitens, da gebe ich dem Kollegen Fritz recht, wäre es auch nicht immer bedarfsgerecht. Wir haben, natürlich in unterschiedlichem Maße, aber in vielen Stadtteilen die Situation, dass der Grundschulbedarf jetzt schon sinkt, während der Bedarf an Sek-I-Plätzen weiterhin dramatisch steigt. An der Stelle zusätzliche Grundschulkapazität zu schaffen, würde ich zumindest für schwierig halten. Solange die Kosten-Leistungs-Rechnung unsere bezirkliche Haushaltssteuerung dominiert, wäre es auch etwas unklug, Überkapazitäten zu schaffen.

Ich würde auch davor warnen, immer die idealtypische Konstruktion zu verlangen: Gemeinschaftsschule sollte ein Neubau sein, Gemeinschaftsschule sollte eine passende Zügigkeit haben, Gemeinschaftsschule sollte nur an einem Standort sein. Wenn ich das als Ausgangsbedingungen formuliere und sage, anders geht es nicht, dann werden wir gar nicht vorankommen, sondern meine Überzeugung ist, wir müssen flexibel sein. Richtig ist auch, dass die Schulgemeinschaften natürlich mitgenommen werden müssen und dass das vorhandene Angebot für Eltern attraktiv sein muss, um die Kinder dort einzuschulen.

Gemeinschaftsschulen haben aus meiner Sicht nicht nur eine pädagogische Begründung. Wir haben hier über die Frage von Inklusion, sozialer Gerechtigkeit und Bildungsgerechtigkeit

schon einiges gehört, und das hat auch seine Berechtigung und findet meine volle Unterstützung. Aus Sicht eines bezirklichen Schulstadtrats hat aber die Gemeinschaftsschule auch weitere Vorteile für die Schulplanung, denn aus meiner Sicht ist die Gemeinschaftsschule eine „atmende Schule“. Das heißt, wir haben demografische Entwicklungen in der Stadt seit vielen Jahrzehnten erlebt. Wir haben mal mehr jüngere Kinder, mal mehr ältere. Dann ändert sich das wieder. Ich habe damals mal den Begriff der „atmenden Schule“ ins Spiel gebracht. Ich glaube, der ist ein allgemeiner Begriff in der Bildungsverwaltung geworden. Ich glaube, dass solche Möglichkeiten, innerhalb einer Schulgemeinschaft solche demografischen Veränderungen auszugleichen, für die Schulentwicklungsplanung durchaus von Vorteil sein können.

Vor dem Hintergrund der Bedingungen, die wir in den nächsten Jahren haben werden, und ich neige ja dazu, Wahrheiten auszusprechen: Wir haben nicht überall, aber wir haben natürlich in vielen Stadtteilen die Entwicklung, dass in den nächsten Jahren der Grundschulbedarf sinkt, während der Bedarf im weiterführenden Bereich steigt. Da liegt es doch nahe, auf die Idee zu kommen, im Einzelfall eine große Grundschule in eine kleine Gemeinschaftsschule umzuwandeln. Das geht nicht einfach so, es geht auch baulich nicht einfach so. Es fehlen die baulichen Voraussetzungen, die naturwissenschaftlichen Fachräume, der WAT-Bereich, das muss ich Ihnen alles nicht erzählen. Ich halte das aber auch unter Kostengesichtspunkten für eine große Chance in den nächsten Jahren, auch begleitet von einer zunehmenden Haushaltsknappheit, die Raumressourcen, die wir im Schulsystem haben, dann wirklich auszulasten, und da, wo Grundschulbedarfe zurückgehen, zu sagen: Kann man sich hier nicht auf den Weg zu einer Gemeinschaftsschule machen? – Große Grundschule zu kleiner Gemeinschaftsschule oder eine Grundschule mit einem Neubau, einer Erweiterung. Ich habe auch Grundschulen, die sagen: Wir würden auch mit einem Modularen Ergänzungsbau – MEB – leben. Wenn uns hier noch jemand einen MEB hinstellt, der die Bedingungen für eine Sekundarstufe I bietet, gern! Wandelt uns zur Gemeinschaftsschule um! – Es muss nicht immer ein Neubau so sein, wie wir ihn uns alle idealtypisch vorstellen. Wir haben sehr gute MEB und sehr viele Varianten, auch mit naturwissenschaftlichen Fachräumen. Ich würde gern in den nächsten Jahren weiter darüber reden. Ich glaube, dass auch auf diesem Wege angesichts des demografischen Wandels unserer Schülerschaft und angesichts der finanziellen und baulichen Ausgangsbedingungen gute Gemeinschaftsschulen entstehen können.

Vorsitzende Sandra Khalatbari: Die Redezeit!

Bezirksstadtrat Andy Hehmke (BA Friedrichshain-Kreuzberg): Ich wollte nur noch einen Satz sagen. Gesamtgesamstädtische Steuerung ist gut, die funktioniert in Zusammenarbeit mit den Bezirken auch gut, aber ich glaube, dass den Bezirken bei der Frage der Bildung von Gemeinschaftsschulen eine sehr entscheidende Rolle zukommt. Nach § 109 Schulgesetz – ich glaube, das ist nicht geändert worden – haben die Bezirke die Aufgabe, Schulen zu gründen, Schulen aufzuheben, Schulen zu fusionieren. Das heißt zu sagen, das macht alles das Land Berlin und steuert dann mal durch, entspricht nicht den gesetzlichen Grundlagen, die wir derzeit haben. Deswegen finde ich es gut, dass wir zwischen Bezirken und Hauptverwaltung gut kooperieren, und darin liegt der Schlüssel. Ich kann also nur alle bitten, dafür zu sorgen, dass auch in den Bezirken geschaut wird: Wo sind Ressourcen, wo ist Interesse, wo sind Unterstützungsmöglichkeiten? Das Land kann die Rahmenbedingungen schaffen, aber die konkrete operative Umsetzung, die Unterstützung und die Ausrufung der Bildung von Gemeinschaftsschulen als strategisches Ziel im Schulbereich jedes Bezirksamtes ist tatsächlich die Aufgabe der Bezirke, und da bitte ich Sie um Unterstützung. – Vielen Dank!

Vorsitzende Sandra Khalatbari: Vielen Dank Ihnen! – Wir machen weiter mit Herrn Sandau. – Bitte sehr!

Matthias Sandau (Forschungsinstitut für Bildungs- und Sozialökonomie – FiBS –; Projektleitung/Senior Researcher): Vielen Dank! – Jetzt wünsche ich mir noch, dass die Präsentation gezeigt wird.

Vorsitzende Sandra Khalatbari: Genau! Die Technik spielt sie gerade auf. – Vielen Dank!

Matthias Sandau (FiBS): Noch einmal herzlichen Dank! – Ich bin hier als Wissenschaftler eingeladen, um auch ein bisschen den Stand der Forschung zu präsentieren. Ich würde einerseits den internationalen Stand der Forschung hineinbringen und mich dann auf Berlin konzentrieren, denn ich habe auch in unserer Studie im letzten Jahr gemerkt, dass das Thema doch normativ sehr stark besetzt ist. Wir gehen direkt mal hinein.

[Es wird eine Folie gezeigt.]

Der internationale Stand der Forschung zum Thema gemeinsames Lernen: Das bedeutet, man selektiert nicht zwischen den Schulformen und auch nicht innerhalb der Schulform. Das, was der Gemeinschaftsschule entspricht, hat keine negativen Effekte auf die Leistungen der Schülerinnen und Schüler. Wir haben hier Metastudien zur Verfügung, die über 70 andere Studien zusammenfassen, die wiederum über 20, 30 Länder beobachten. Das ist also relativ gut gesichert. Es hat auch nicht negative Effekte auf die Leistungsentwicklung der leistungsstarken Kinder. Zugleich reduziert das gemeinsame Lernen die soziale Ungleichheit merklich. Man hat positive Effekte in der Leistungsentwicklung sozioökonomisch schwächer gestellter Kinder. Wir sprechen hier erst mal nur von klassischen Leistungstests. Man hebt sie damit deutlich häufiger über die Mindeststandards in den jeweiligen Ländern. Gemeinsames Lernen funktioniert jedoch nur, wenn Schulsysteme und Schule darauf ausgerichtet sind. Das heißt, wenn ein Schulsystem oder das Lernniveau in den Schulen auf die leistungsstarken Kinder ausgerichtet ist, verliert man jene positiven Effekte und gewinnt zugleich nichts.

[Es wird eine Folie gezeigt.]

Schauen wir uns jetzt Deutschland an mit dem Fokus auf Berlin. Wir haben hier diese spannende frühere Evaluation der Pilotphase. Was wir dort sehen konnten, waren signifikant bessere Kompetenzentwicklungen in allen Kernbereichen der Schülerinnen und Schüler an den Gemeinschaftsschulen. Verglichen wurden sie aber damals mit Hamburg mit vergleichbaren Schulen. Wir haben – das deckt sich mit dem internationalen Forschungsstand – besonders hohe Kompetenzzuwächse bei Schülerinnen und Schüler aus unteren sozioökonomischen Schichten, und Folgendes deckt sich auch mit dem internationalen Stand: Es gibt keine negativen Effekte bei leistungsstarken Kindern. Zudem konnte man beobachten, dass von Anfang bis Ende eine anhaltend hohe Zustimmung zum Konzept der Gemeinschaftsschule an diesen Schulen vorhanden war. Es scheint also so, als ob das Konzept der Gemeinschaftsschule keine Risiken für die Leistungsentwicklung von Schülerinnen und Schüler bietet. Die Herausforderungen liegen vor allem in der Umsetzung, also in der Lehrkräftequalifikation für die besonderen pädagogischen Konzepte, der Ressourcenbereitstellung, aber auch der Kommunikationsstrategien gegenüber dem Kollegium und vor allem aber der Elternschaft.

[Es wird eine Folie gezeigt.]

Jetzt blicken wir einmal auf unsere Studie, die wir letztes Jahr durchgeführt haben. Wir haben Interviews mit, ich würde sagen, allen Akteursgruppen im Berliner Schulsystem durchgeführt und Fokusgruppen, wo die Ergebnisse dann diskutiert wurden. Dort wurden uns positive Lernerfolge an den Gemeinschaftsschulen mitgeteilt, mit einem hohen Maß an sozialer Integration. Der Haupttreiber dahinter scheinen das jahrgangsübergreifende Lernen, die Binnendifferenzierung und der Verzicht auf die frühe Selektion zu sein. Beispiele dafür sind Preisträgerschulen und Spitzenplätze im Berliner Zentralabitur. Sie wurden schon genannt. Man muss aber dazu sagen, dass die Berliner Gemeinschaftsschulen eine selektive Gruppe sind. In diesem Vergabeverfahren haben sich natürlich nur bestimmte Gruppen beworben, und es wurden auch nur bestimmte genommen. Hier ist sicherlich noch ein bisschen Forschungsbedarf vorhanden.

Es wurden auch, und jetzt kommen wir zu den Hürden, eine fehlende politische Verbindlichkeit bei der Fusion, beim Neubau – ich würde sagen, wir konzentrieren uns an der Stelle ein bisschen auf die Fusion – und unklare Zuständigkeiten beobachtet. Der politische Wille wird auf allen Ebenen vermisst, von allen Akteuren auf der Landesebene und von vielen Akteuren auf der Bezirksebene. Das unterscheidet sich von Bezirk zu Bezirk. Es gibt Gründungsinitiativen vor nun mehr als zehn Jahren, und die sind keine Seltenheit. Zudem gibt es fehlende rechtliche Standards, und die Verantwortlichkeiten sind relativ unklar und hängen oftmals von Einzelpersonen ab. Diese einzelnen Punkte sind relevant, aber auch die Gemengelage. Bei einem zehnjährigen Prozess kann man sich vorstellen, wenn Einzelpersonen wechseln und dann die Ansprechperson und das Vertrauen, wie auch immer, fehlen und gleichzeitig keine Standards da sind, dass sich das als sehr hoher Druck und Stress auf die Personen vor Ort auswirkt.

[Es wird eine Folie gezeigt.]

Als zweiter Punkt kommt hinzu, dass die Ressourcen für die Fusionen unzureichend sind, denn diese konzentrieren sich vor allem auf materielle Dinge. Zusammenschlüsse gehen zudem mit einem finanziellen Verlust einher, da Schulbudget und Bonusprogramm sich reduzieren: Aus zwei Schulen wird eine, aufgrund der Deckelung gibt es weniger Geld. Die anderen Punkte zuvor spielen hier auch mit hinein. Es gibt durch diese Punkte eine geringere Fusionsbereitschaft als noch vor Jahren, obwohl das Interesse an dem Konzept der Gemeinschaftsschule bei all diesen Personen, die sagen, sie würden jetzt nicht fusionieren, durchweg hoch ist.

Zudem, das ist der letzte Punkt, den ich hier machen will, gibt es eine geringe Sichtbarkeit von Gemeinschaftsschulen. Es werden Daten präsentiert. Ich freue mich sehr auf diese Daten. Mir waren sie jedoch nicht zugänglich, denn in der Öffentlichkeit oder in der Forschung hier in Berlin werden die Daten gemeinsam mit ISS fusioniert, und man hat dann keinen Blick auf die Gemeinschaftsschulen. Hinzu kommt, dass die strukturellen Vorteile von Gemeinschaftsschulen und von dem Konzept nicht in die öffentliche Debatte eingehen. Das hatte ich gerade schon gesagt. Der Schulstatistik kann man sie nicht entnehmen, und diese auf Seiten der Eltern fehlenden Informationen aufgrund dieser zuvor genannten Punkte führen zu unbegründeten Vorurteilen. Ich würde das auch auf bestimmte Bereiche der Politik ausweiten.

[Es wird eine Folie gezeigt.]

Der letzte Punkt sind die Handlungsempfehlungen. Darauf will ich aber gar nicht eingehen, denn die finden sich in den Anträgen wieder, und die will ich hier einfach nur kurz darstellen. – Vielen Dank!

Vorsitzende Sandra Khalatbari: Vielen Dank! – Dann starten wir in die Beratung. Die erste Wortmeldung war von dem Kollegen Bocian. Habe ich das vorhin richtig gesehen? – Bitte sehr, Kollege Bocian!

Lars Bocian (CDU): Ganz herzlichen Dank, Frau Vorsitzende! – Vielen Dank für die Expertise und die Anhörung! Wir haben jetzt verschiedene Meinungen gehört. Was würden Sie denn empfehlen, wie wir als Politik handeln sollen, um auch den Elternwillen darzustellen und die Ergebnisse aus den VERA-Tests in die Schulformen umzusetzen? Wie können wir steuern, dass die Schulformen so gestaltet werden, dass sie der Stadt gerecht werden? Meine Tochter zum Beispiel hatte zwar eine Gymnasialempfehlung, ging aber trotzdem auf eine ISS, war dort sehr glücklich und hat dort einen guten Abschluss gemacht. Das haben wir gemeinsam mit unserer Tochter besprochen und gemeinsam entschieden, die Eltern und die Schüler natürlich. Ist das nicht der Weg, den wir beschreiten sollten? Wie können wir ermöglichen, dass das auch so ausgestaltet wird, dass der Schüler- und der Elternwille in jedem Fall berücksichtigt wird und nicht die Politik festlegt, welche Schulform die beste ist?

Vorsitzende Sandra Khalatbari: Dann stehe ich als bildungspolitische Sprecherin selbst auf der Liste.

Sandra Khalatbari (CDU): Ich würde gern noch mal kurz einen Schritt zurückgehen, nämlich in die Präsentation von Herrn Staatssekretär Dr. Kühne, wo deutlich geworden ist, dass es beim Übergang in die 7. Klasse eine hohe Nachfrage gibt, sowohl an den Gemeinschaftsschulen als auch an den Integrierten Sekundarschulen und den Gymnasien. Ich finde, es ist deshalb unsere politische Aufgabe, eben nicht eine Schulform gegen eine andere Schulform auszuspielen. Ich finde, das ist auch in Ihren Äußerungen, in den verschiedenen Nuancierungen, sehr deutlich geworden, dass es das Ziel sein muss, ein leistungsfähiges und durchlässiges Schulsystem zu haben, in dem jedes Kind seinen Bildungsweg findet, der letztendlich zu ihm passt.

Ich möchte in Absprache beziehungsweise in Replik auf die Präsentation, die Sie, Herr Sandau, gezeigt haben, fragen: Wenn ich das richtig nachgelesen habe, haben Sie 21 Interviews geführt. Ich nehme das jetzt einfach mal zum Anlass zu sagen: Ist es insofern wirklich derart repräsentativ? Sie haben das in dieser Form durchgeführt, dem ist nichts entgegenzusetzen, aber ich würde gern wissen: Sie haben auch gesagt, dass die unterschiedlichen Handlings in den Bezirken so deutlich sind. Das ist auch klar geworden. Wie gehen Sie denn damit um? Letztendlich hat Herr Bezirksstadtrat Hehmke deutlich gesagt, es ist so unglaublich notwendig, dass alle an einen Tisch kommen, dass alle einen gemeinsamen Blick auf das große Ganze haben. Wie stellen Sie sich dann gemeinsam vor, wenn die Unterschiedlichkeit so groß ist, die ja nachgewiesen ist, wie dann über den Willen oder auch mit dem Willen, der unterschiedlichen Wahrnehmung der Bezirke eine einzige Schulform über alles gelegt werden soll? Das ist für mich eine Frage, die sich hier stellt, und die stelle ich auch hier in dieser Runde, weil neben den politischen Wünschen, Forderungen und Notwendigkeiten, auch die, die letz-

ten Jahrzehnte in der Zielsetzung waren – es wurden vorhin Senatorin Scheeres und Staatssekretär Rackles genannt –: Wie soll es denn wirklich in der Realität umgesetzt werden, wenn es so unterschiedliche Sichtweisen gibt? Ich würde mich freuen, wenn Sie mir konkrete Maßnahmen vorschlagen. – Herr Giese, der genau das deutlich gemacht hat: Was waren denn damals die strategischen Umsetzungsschritte bei den drei Aspekten, die Sie vorhin genannt haben? – Vielen Dank von meiner Seite!

Vorsitzende Sandra Khalatbari: Jetzt gehen wir weiter zu Herrn Krüger. – Bitte sehr!

Louis Krüger (GRÜNE): Vielen Dank! – Ich freue mich, dass wir hier nicht nur Meinungen gehört haben, wie es eben gerade gesagt wurde, sondern tatsächlich konkret Erfahrungen aus der Praxis, aber auch Ergebnisse aus einer wissenschaftlichen Studie. Ich würde einmal bei Herrn Fritz anfangen. Sie haben gesagt, man müsse sich am Bedarf ausrichten. Nun ist natürlich die Frage: Wo kommt der Bedarf her? – Die Kollegin Lasić hat es schon gesagt, das ist ein wechselseitiges Spiel: Wo habe ich vielleicht viele Schulplätze? Wo erwarte ich, dass mein Kind wohnortnah beschult werden kann? Das ist ja auch ein großes Thema. Wie definieren Sie den Bedarf? Woher nehmen Sie das, wenn Sie sagen, man muss sich am Bedarf ausrichten? Gibt es eine Abfrage oder Gespräche seitens des Schulamts mit den Schulen im Bezirk darüber, welche Schulen vielleicht Interesse hätten, zur Gemeinschaftsschule zu werden? Wird das regelmäßig thematisiert? Wie kommen Sie zur Haltung oder zu den Bedarfen der Schulen? Sie haben zwei Gemeinschaftsschulen genannt, die in Mitte entstehen sollen, an der Pankstraße und an der Anna-Lindh-Schule. Welche konkreten Gründe gab es denn zu sagen, genau dort wollen wir Gemeinschaftsschulen einrichten?

An Herrn Giese und Frau Wengler: Wie bewerten Sie die Handlungsempfehlungen aus der Studie beziehungsweise aus den Anträgen von Linken und Grünen, die sich auf diese Ergebnisse der Studie stützen? Wir haben viel gehört: Es geht darum, Schulgemeinschaften mitzunehmen. Wie macht man das? Wie bekommt man Schulgemeinschaften von der Gemeinschaftsschule überzeugt?

An Herrn Hehmke, Sie haben es ein bisschen angedeutet: Wie erleben Sie das Verhältnis zwischen Bezirk und Senat bei der Einrichtung von Gemeinschaftsschulen? Ist das ein konfliktfreier Prozess, oder was könnte man vielleicht noch verbessern, um schneller und besser zu Gemeinschaftsschulen zu kommen? Ich höre immer wieder, auch wenn neue Schulen gebaut werden – Es gibt Beispiele, wo teilweise eine Grundschule und eine ISS relativ nah beieinander gebaut werden und man noch überlegen könnte, ob das nicht direkt eine Gemeinschaftsschule werden könnte. Da habe ich gehört, die Schulgemeinschaften müssten danach erst mal entscheiden, Gemeinschaftsschule werden zu wollen, und dann könnten sie immer noch fusionieren. Wie sehen Sie das? Wäre es nicht sinnvoller, diese Schule direkt als Gemeinschaftsschule einzurichten? – Wahrscheinlich bin ich zeitlich jetzt – Ich würde es einmal dabei belassen, damit wir noch Zeit haben.

Vorsitzende Sandra Khalatbari: Vielen Dank, Herr Krüger! – Frau Brychey, bitte sehr!

Franziska Brychey (LINKE): Vielen Dank! – Ich fange erst mal mit den Fragen an den Senat an. In der Stellungnahme des GGG steht, dass an den Gymnasien nur 11 Prozent der Schülerinnen und Schüler aus Haushalten mit Transferleistungsbezug lernen und an den Gemeinschaftsschulen 34 Prozent. Das wirkt so, als ob es einen Unterschied gibt, dass das Gymnasium so eine Art Closed Shop ist. Auch bei der Inklusion haben wir unter 1 Prozent Schülerinnen und Schüler mit Förderbedarf, die am Gymnasium lernen, und bei ISS und Gemeinschaftsschulen sind es 9 Prozent. Da ist natürlich die Frage, wenn wir von oben draufgucken und wir wollen Bildungserfolge möglich machen, ob die Gymnasien sich nicht auch verändern müssen. Wenn wir die Situation haben, dass sich ein Drittel der Schülerinnen und Schüler mit Gymnasialempfehlung freiwillig für ISS und Gemeinschaftsschule entscheidet, der Bedarf also wächst, dann muss Politik darauf reagieren. Da frage ich: Wie gedenkt der Senat, darauf zu reagieren und das Schulsystem so umzugestalten, dass wirklich bedarfsgerecht gebaut und umgewandelt wird? Wir hatten das Beispiel des Wald-Gymnasiums, das ehrlicher-

weise ein bisschen unglücklich war, aber der Punkt war: Es gibt einen Bedarf an ISS- und Gemeinschaftsschulplätzen, und es gibt Plätze an Gymnasien, die frei sind. Warum schaffen wir es nicht, Plätze Abitur bis zum Schuljahr 13, Gemeinschaftsschule aktiv zu unterstützen und die Rahmenbedingungen zu schaffen? Welche Antworten hat der Senat auf diese Bedarfe?

Die beiden Bezirksstadträte würde ich gern fragen, wie Sie aktuell den Bedarf an ISS- und Gemeinschaftsschulplätzen einschätzen, ob sich das verändert hat, und ob Sie feststellen, dass nach der Reform der Förderprognose mehr Schülerinnen und Schüler schon nach der 4. Klasse die Grundstufe verlassen, entweder an der Grundschule oder auch an der Gemeinschaftsschule, ob Sie feststellen können, dass sich das verändert.

Herr Hehmke, Sie sind eigentlich der Vorreiter der Fusion der Gemeinschaftsschulen. Da möchte ich Sie gern fragen: Welche Gelingensbedingungen gibt es? Wie sehen Sie hier die Rahmenbedingungen, damit es möglich gemacht werden kann, dass zwei Schulen zusammen fusionieren? Was müssen wir hier auf Landesebene dafür anpassen?

Herrn Giese und Frau Wengler möchte ich gern fragen – Herr Giese ist ja an der Fritz-Karsen-Schule langjähriger Schulleiter gewesen, wirklich eine Pilotschule –: Was hätten Sie sich seitens der Politik an Unterstützung für die Gemeinschaftsschulen gewünscht?

Dann möchte ich zu dem Thema Zügigkeit fragen: Welche Auswirkungen hat eine unterschiedliche Zügigkeit in Grundstufe und weiterführender Schule? Auch noch mal zu dem Thema Oberstufe: Was passiert, wenn keine eigene Oberstufe an einer Gemeinschaftsschule ist – das geht insbesondere an Frau Wengler –, wie es ja in Reinickendorf ist? Welche Auswirkung hat der Ausbau der grundständigen Gymnasien auf die Gemeinschaftsschule? – Danke schön!

Vorsitzende Sandra Khalatbari: Frau Dr. Lasić, bitte sehr!

Dr. Maja Lasić (SPD): Ich muss einen Kommentar abgeben: Franziska, diese Frage nach der unterschiedlichen Zügigkeit zwischen der Grundstufe und der Mittelstufe zeigt deutlich, dass man das Thema Gemeinschaftsschule aus der Perspektive des Einzelstandortes betrachten kann. Dann ist es klar zu favorisieren, dass die Zügigkeit gleich ist. Oder man kann sich die systemische Frage stellen: Wo zum Teufel, wenn wir überall Gemeinschaftsschulen hätten, sollen die Grundschüler hin, die nicht an eine Gemeinschaftsschule anschließen? Das heißt, auch bei einer systemischen Antwort, wenn wir in der ganzen Stadt ausschließlich Gemeinschaftsschulen großziehen, braucht man eine unterschiedliche Zügigkeit, einfach nur, um alle Grundschulen irgendwo anzuschließen. Deswegen kommt schon von mir das Plädoyer für einen systemischen Blick, denn das vermisste ich jedes Mal, wenn sich jemand singulär Einzelstandorte der Gemeinschaftsschulen anschaut.

Die Frage, die ich adressiere – Herr Fritz verzeiht es mir, dass ich jetzt das Beispiel Mitte nehme, denn wir teilen uns unsere Liebe für Mitte –, das Beispiel war genannt: Wir kriegen wahrscheinlich zwei zusätzliche Gemeinschaftsschulen bei uns, und das war dezidiert politischer Wille, parteiübergreifend, das war Konsens bei uns. Ohne politischen Willen wäre es nicht gegangen. Egal, wer Stadtrat war, wir haben das favorisiert. Wir sind jetzt aber an einem Punkt, dass diese zwei Gemeinschaftsschulen kommen und wir bereits zwei haben, und dass

wir absehbar hoffentlich an einer der bestehenden ISS im Wedding, an der Willy-Brandt-Schule, eine Oberstufe bekommen. – [Zuruf] – Ach, ist schon. Dann habe ich das verpasst. Super, ein Lob von mir! Dann stellt sich aber die Frage: Ich habe noch ein paar Standorte im Wedding oder in Moabit. Da sind die Hedwig-Dohm-Oberschule, die Hemingway-Schule, die Ernst-Schering-Schule, die Herbert-Hoover-Schule – jemanden habe ich vergessen –, genau, die Schule am Schillerpark, alle ohne Oberstufe. Das heißt, wenn wir jetzt sagen, das machen wir jetzt in Mitte, wir ziehen zwei zusätzliche Gemeinschaftsschulen hinzu, was macht das mit meinen ISS ohne Oberstufe? Was macht das mit denen? – Ich habe nur eine begrenzte Anzahl an Kindern, die da hingehen. Ich sage euch, was das macht: Das wird zu einer Segregation zwischen den Gemeinschaftsschulen und den ISS führen. Das heißt, ich werde meine ISS, die irgendwann vor 10, 15 Jahren aus Hauptschulen in ISS umgewandelt wurden – zu der Zeit habe ich an denen gearbeitet –, wieder in den Status der dritten Säule, der Hauptschule zurückführen.

Deswegen darf man es nicht ausschließlich von einem Standort heraus betrachten, sondern man muss es an der Stelle systemisch betrachten und sich fragen, was mit den anderen ist. Deswegen meine Frage an die Stadträte: Wie machen Sie das? Sie sind in unterschiedlichen Phasen der Entwicklung. Wie macht man das, dass man die gesamte Entwicklung von einem Gebiet macht? Wie arbeitet man mit den Verbundoberstufen? Wie schafft man es, an mehreren Standorten zu einer gemeinsamen Entwicklung zu kommen, um eine Rückkehr zu einem Drei-Säulen-System zu vermeiden?

Eine weitere Frage: Wie schafft man das, wenn ein Teil der Kapazitäten in Landeszuständigkeit ist? Ich adressiere hier gezielt OSZ. Die allgemeinbildenden Gänge an den OSZ sind nun mal nicht bei Ihnen, die sind beim Land. Wie bekommen wir da eine gute Zusammenarbeit hin, dass wir lokal sinnvolle Verbünde machen zwischen den zentralverwalteten OSZ und den jeweiligen ISS ohne Oberstufe in den Bezirken? Frau Günther-Wünsch hat es richtigerweise angesprochen: Bestimmte Systeme sind teuer. Dann dürfen wir nicht zulassen, dass wir auf Kapazitäten, die schon da sind, zum Beispiel das OSZ, nicht zurückgreifen. – Danke schön!

Vorsitzende Sandra Khalatbari: Frau Burkert-Eulitz, bitte!

Marianne Burkert-Eulitz (GRÜNE): Vielen Dank! – Ich habe verschiedene Fragen. An Herrn Hehmke: Wie beobachten Sie den Elternwillen und die Nachfrage nach Gemeinschaftsschulen oder ISS mit Oberstufen, wenn es mehr davon in einem Bezirk gibt? Sind sie alle unternachgefragt, oder gibt es durchaus auch Entwicklungen vom Gymnasium zu den Gemeinschaftsschulen oder ISS mit gemeinsamer Oberstufe? Mich würde mal interessieren, Sie machen das schon eine Weile, ob sich da etwas verändert hat.

Dann an Herrn Giese und an den Wissenschaftler, Herr Sandau: Sie haben es vorhin schon vorgetragen. Die Internationalen Spitzenländer, die auf Gemeinschaftsschulkonzepte oder gemeinsames Lernen setzen, wie viele von denen sind denn in oberen Rängen oder sogar im Siegerstatus, auch international, was Bildungserfolge angeht? Auch die Haltung der Politik in diesen Ländern dazu, welche Priorität, jedes Kind oder jeden Jugendlichen mitzunehmen und sie zum bestmöglichen Erfolg zu führen – Wie haben die das eigentlich politisch gemacht, ihre vielleicht auch segregierten Bildungssysteme umzuwandeln in langes gemeinsames Lernen?

Das Zweite ist: Wie ist die Erfahrung der Stadträte, wie viel Prozent der Schülerinnen und Schüler, wahrscheinlich viele Schüler, nach der 9. und 10. Klasse vom Gymnasium wechseln in den Bereich ISS mit Oberstufe oder auch Gemeinschaftsschulen? Haben Sie dazu Zahlen oder auch Entwicklungen?

Dann vielen Dank an Herrn Hehmke! Er hat sie schon genannt, die erste gemeinsame inklusive Schwerpunktschule. Das ist ein Projekt, da sind meine Kinder 2015 hingekommen. Da hatten es die Eltern schon seit fünf Jahren gemeinsam mit der Schulleitung diskutiert und Konzepte entwickelt. Jetzt gibt es einen politischen Beschluss dazu. Wie lange wird es denn ungefähr dauern, bis das in die Realität umgewandelt wird? Ich bin in der Hoffnung an die Schule gegangen, den Sprung, nämlich gerade den Kindern, die Inklusionsbedarfe haben, das hat Herr Giese schon benannt, den Stress des gesamten Systems, das man entwickelt hat – – Wir haben das von der Kita zur Grundschule. Da ist das eine Riesenherausforderung. Ich sage das in Richtung nicht oder verkürzt beschulter Kinder. Dieses ganze System dann zu nehmen und wieder an die ISS zu packen, dass daran ganze Schulkarrieren scheitern, wenn es einmal ins Laufen geraten ist und dann beim nächsten Mal nicht funktioniert, was ist daran wirklich der Vorteil? – Sie hatten es schon angedeutet. Sie kennen sie lange. Sie arbeiten mit den Eltern und den vielen Systemen drum herum.

Vorsitzende Sandra Khalatbari: Drei Minuten zehn, Frau Burkert-Eulitz!

Marianne Burkert-Eulitz (GRÜNE): Ist es hinsichtlich der Themen nicht beschulte Kinder und Recht auf Bildung nicht auch wichtig, dass man auch diese Zielgruppen stärker in den Mittelpunkt stellt? – Vielen Dank!

Vorsitzende Sandra Khalatbari: Herr Tabor, bitte sehr!

Tommy Tabor (AfD): Vielen Dank! – Wir bei der AfD-Fraktion sind jetzt doch nicht so überzeugt vom Konzept der Gemeinschaftsschule. Mich erinnert das ein bisschen an die Polytechnischen Oberschulen in der DDR, nur mit dem Unterschied, dass damals das Ganze alles ein bisschen homogener war in den Klassen. Es gab auch kein jahrgangsübergreifendes Lernen.

Womit ich gleich zu Herrn Sandau komme: Sie hatten vorhin gesagt, auf einer Folie stand das zumindest: Positive Lernerfolge sind zu verzeichnen durch das jahrgangsübergreifende Lernen. – Wenn wir ungefähr zehn, zwölf Jahre zurückdenken, wurde das in Berlin fast flächendeckend wieder verbannt, weil das jahrgangsübergreifende Lernen an den Grundschulen nicht funktioniert hatte. Wie kommt man darauf, dass es jetzt, wo die Kinder an der Gemeinschaftsschule vielleicht schon ein bisschen größer sind, letztendlich spielt da vielleicht auch die Pubertät hinein. – – Warum soll da dann auf einmal jahrgangsübergreifendes Lernen viel besser funktionieren? Auch die Frage von Frau Burkert-Eulitz: Welche Länder hatten Sie in Ihre Studie einbezogen? Wie hoch war der Anteil der Privatschulen? Haben die Gemeinschaftsschulen in den Ländern, die Sie in Ihre Studie einbezogen haben, ein gleiches Verständnis von Inklusion wie wir hier in Berlin, wie in Deutschland, oder ist das Thema Inklusion dort ein bisschen anders aufgebaut?

Wir hatten heute schon im Laufe der Ausschusssitzung festgestellt, dass wir beim Thema Inklusion jetzt schon überfordert sind, dass es zu wenig Personal gibt. Die Frage an Herrn Gie-

se: Sie hatten vorhin gesagt, dass Sie sich wünschen, dass Inklusion überall Einzug hält, auch in den Gymnasien. Wie möchte man das überhaupt jemals gewährleisten? Wo soll das Personal herkommen? Ist es nicht eigentlich besser, wenn man sich mit dem vorhandenen Inklusionspersonal, das das wirklich machen möchte, auf weniger Schulen konzentriert, anstatt dieses Personal auf alle Schulen zu verteilen?

Frau Brychcy! Das Wald-Gymnasium, das Sie vorhin als Beispiel angebracht haben, ist eigentlich ein Paradebeispiel dafür, dass ein Gymnasium sich mit Händen und Füßen wehrt, eine Gemeinschaftsschule zu werden, denn letztendlich war das nur durch die SPD-Stadträtin aus Charlottenburg-Wilmersdorf, die es gern hätte, dass es eine Gemeinschaftsschule wäre, aber die Eltern und die Schüler wollen das nicht. Vielleicht habe ich etwas falsch verstanden, aber da kann man doch nicht einfach sagen, dass das flächendeckend eine gute Idee wäre. – Das wären erst mal meine Fragen. – Vielen Dank!

Vorsitzende Sandra Khalatbari: Frau Kittler!

Regina Kittler (LINKE): Nur zwei Fragen: Für die erste würde ich Herrn Giese und Frau Wengler und gern auch den Kollegen Sandau fragen, welche Auswirkungen es denn Ihrer Meinung nach auf den Bedarf an Gemeinschaftsschulplätzen hätte, wenn an Gemeinschaftsschulen prinzipiell ein Abitur abgelegt werden könnte.

Die zweite Frage geht an die Senatorin. Sie haben vorhin sechs neue Gemeinschaftsschulen benannt. Vorige Woche im Plenum haben Sie auf die Gemeinschaftsschule in Mahlsdorf verwiesen. Dann möchte ich jetzt meine Zwischenfrage stellen. Die wäre nämlich: Wissen Sie, dass das immer noch eine temporäre Gemeinschaftsschule ist und vom Bezirksstadtrat dort immer wieder gesagt wird, dass diese Gemeinschaftsschule wieder abgeschafft wird? Was sagen Sie denn dazu?

Vorsitzende Sandra Khalatbari: Vielen Dank! – Dann schließe ich hiermit die Rednerliste, damit wir Zeit haben, mit Blick auf die begrenzte Zeit, eigentlich bis 18 Uhr. – [Zuruf] – Genau, nicht „eigentlich“, aber dass wir uns genau darauf jetzt konzentrieren bis 18 Uhr. Deshalb schließe ich die Rednerliste und wir kommen zur Beantwortung der Fragen. Wir starten mit Herrn Bezirksstadtrat Fritz. – Bitte sehr!

Bezirksstadtrat Benjamin Fritz (BA Mitte): Vielen Dank für die Fragen! Ich hoffe, ich vergesse nichts und würde mit Herrn Krüger anfangen, weil da auch die Frage von Herrn Bocian in Richtung Elternwille ein Stück hineinspielt, wenn ich gefragt werde, wie wir den Bedarf ermitteln. Natürlich sind auf der einen Seite, ganz nüchtern gewertet, die Anmeldezahlen an den jeweiligen Schulen für uns ein Bedarfsindikator – da fließen auch Elternwünsche ein, hoffentlich auch in Abstimmung mit ihren Kindern –, was die Verteilung auf welche Schulen angeht. Wir haben beim Thema Gemeinschaftsschule zwei Punkte: Wir müssen einmal den Grundschulbedarf mit abdecken, wofür der Bezirk allein zuständig ist, seine Kinder zu versorgen, und einmal habe ich einen Oberschulbedarf, wo ich eine gesamtstädtische Steuerung mit hinterlegen kann. Ich habe vorhin bei meinem Eingangsstatement versucht darzustellen, wie die Entwicklung bei uns im Bezirk von Grundschule zu Oberschule ist. Wir merken, dass wir, zumindest an der Theodor-Heuss-Schule im Oberschulbereich, teilweise noch in Zweit-, Drittwunschverfahren oder im Nachgang zuteilen, weil noch Kapazitäten vor Ort sind. Für uns natürlich ganz entscheidend mit Blick auf die Ober-, aber auch auf die Grundschulen, sind

die Geburtenraten, Zuzüge, Wegzüge et cetera pp., also dieses ganz normale Spiel, das unser täglich Brot ist, dass wir auf die Zahlen, die bei uns ankommen, einfach ein Stück schauen müssen, wie wir diesen Bedarf gedeckelt bekommen.

Bei den Gründen für die Gemeinschaftsschulen Pankstraße und Anna-Lindh-Schule sind es relativ ähnliche Punkte. In der Pankstraße ist aktuell eine Grundschule mit dem Schwerpunkt Geistige Entwicklung. Diese soll dort auch bleiben. Sie wird ein Stück erweitert, weil wir vor Ort einen Oberschulbedarf haben und das Grundstück das hergibt. Das ist bei uns leider nicht überall gegeben. Bei der Anna-Lindh-Schule ist es so, dass wir dort – und das ist die Diskussion, die Staatssekretär Kühne und ich gemeinsam mit der SenFin weiterhin führen – an sich, vom Blatt Papier her, mit den Grundschulplätzen auskömmlich sind. Deswegen können wir erst einmal nur mit dem Oberschulteil starten. Wir sehen aber auch, dass man andere Indikatoren, wie Schulwegsicherheit und so weiter, berücksichtigen muss. Wir haben an der Ecke mit der Seestraße und der Müllerstraße zwei Hauptstraßen, die den Kindern den Schulweg ein Stück erschweren. Wir haben uns deswegen auch für dieses Thema Gemeinschaftsschule an dem Standort ausgesprochen, weil das als Altstandort bei uns im Bezirk einfach von der Fläche wunderbar passend ist.

Frau Brychcy, Sie fragten nach Abgängen nach den 4. Klassen. Das ist an den Gemeinschaftsschulen schon auffällig. Wir haben eine geringere Frequenz bei den 5. und 6. Klassen. So viele Schulangebote, die am Gymnasium in der 5. Klasse beginnen, haben wir im Bezirk nicht, und die Schulen sind auch übernachgefragt. Dort haben wir also eine gute Nachfrage. Damit sind wir, beispielsweise am Lessing-Gymnasium, sehr zufrieden.

Frau Dr. Lasić, Sie haben gefragt, wie wir planen. Das sind diese Standardplanungsregionen, die wir gemeinsam mit der Senatsverwaltung einmal im Jahr abstimmen, wo wir dann manchmal ein bisschen zu unterschiedlichen Zahlen kommen, gerade im Grundschulbereich, weil wir auf die Einschulungsbereiche schauen und die Senatsverwaltung mit den Planungsregionen arbeitet. Danach richten wir dann die Bedarfe aus, sind da aber auch in einer ganz engen Abstimmung mit der Senatsverwaltung. Ich gehe davon aus, auch legislaturperiodenunabhängig, dass das in der nächsten Legislaturperiode hoffentlich so weitergeht.

Ich kann nur davor warnen, jetzt blind an allen ISS und Gemeinschaftsschulen gymnasiale Oberstufen zu gründen. Das ist einmal eine schulorganisatorische Frage, das wird nicht hinhauen, es ist eine personelle Frage und auch eine Bedarfsfrage, denn sonst laufen irgendwann gymnasiale Oberstufen an ISS, an denen wir das gegründet haben, einfach leer. An der Willy-Brandt-Schule haben wir es gemacht. Das ist wunderbar angelaufen. Die Schule ist im gymnasialen Oberschulbereich voll geworden. Das können wir aber nicht an jeder Schule machen, denn sonst kommen die Kinder dort nicht mehr an. Das ist aber genau der Punkt. Wir müssen mit den Bedarfen, mit den Hochrechnungen, die wir für die nächsten Jahre haben, arbeiten und danach in den Bezirken unsere Schulplanung ausrichten. – Ich hoffe, ich habe sonst nichts vergessen.

Vorsitzende Sandra Khalatbari: Vielen Dank! – Dann machen wir weiter mit Frau Wengler. – Bitte sehr!

Clara Wengler (Sprecherin der Vereinigung der Schulleiterinnen und Schulleiter in der GGG Berlin): Vielen Dank! – Ich spreche für die Vereinigung der Schulleitungen im Landesver-

band Berlin. Ich greife jetzt einfach einen Punkt als Ausgangspunkt heraus, und das war die Frage nach den Auswirkungen Oberstufe/keine Oberstufe an den Gemeinschaftsschulen. Es ist durchaus im Moment so, dass wir natürlich eine Diversität der pädagogischen Konzeptionen an den bestehenden Gemeinschaftsschulen erfahren, auch durch die verschiedenen Geschichten, Gründungen, Fusionen et cetera, und als Schulleitungen sehr intensiv im Austausch sind, auch über einen Selbstklärungsprozess Gemeinschaftsschule: Was ist das für eine Schulform? Was ist unser Alleinstellungsmerkmal? – Wir freuen uns aktuell sehr über die Unterstützung, die wir insbesondere durch die neue Referentin erfahren. Da sehen wir, dass wir in den Prozessen, auch durch eine Tagung und so weiter, unterstützt werden. Das Alleinstellungsmerkmal, das uns von sehr inklusiv und binnendifferenziert arbeitenden ISS abgrenzt, ist natürlich die Durchgängigkeit zwischen der Primar- und der Sekundarstufe. Natürlich sind das Zahlen, die wir exemplarisch von Herrn Fritz gehört haben, am Übergang, die sich sehr unterscheiden, je nachdem, ob Gemeinschaftsschulen eine Oberstufe haben oder nicht.

Das wirkt sich dahingehend aus, dass Personal sehr viel Ressource investiert, um Übergänge im Sinne der Gemeinschaftsschule durchgängig zu gestalten, Übergangszahlen zu erhöhen und so weiter, innere Schulentwicklung stattfindet, die viel Ressource benötigt, aber das Wirksamkeitserleben der Kolleginnen und Kollegen unter Umständen an der Stelle ausbleibt. Die Idee der durchgängigen Begleitung, dass die Kinder ohne Reibungsverluste übergehen, greift häufig nur da, wo Kinder besondere Bedürfnisse haben oder durchaus eher nicht zu den ganz leistungsstarken Schülerinnen und Schülern gehören, weil die Elternhäuser – und da gibt es einen relativen Konsens unter Schulleitungen, durch Interviews, teilweise auch durch Befragungen – das als einen Grund für einen Schulwechselantrag anführen, dass keine Oberstufe im Haus besteht.

Das führt mich einmal zu Herrn Krüger, der gefragt hatte, wie wir diese Handlungsempfehlungen bewerten. Diese Schulen haben genauso wie andere ISS die Herausforderung, Schülerinnen und Schüler von außen zu gewinnen, um zu einer guten Nachfragesituation zu kommen, um möglichst zu vermeiden, dass zur Sekundarstufe eine Homogenisierung der Schülerschaft einsetzt, die für die Gemeinschaftsschule natürlich schulgesetzlich so auch nicht angedacht ist. Heterogenität ist unser Maßstab. Da ist es tatsächlich so, dass auch die Öffentlichkeitsarbeit für Gemeinschaftsschulen oder wie Gemeinschaftsschulen in der Öffentlichkeit wahrgenommen werden, Probleme mit sich bringt. Beispielsweise im Tagesspiegel veröffentlichte Zahlen zur Nachfragesituation Jahrgang 7 zeigen keine einzige übernachgefragte Gemeinschaftsschule, weil einfach alle Plätze genannt werden und nicht die Plätze abgezogen werden, die tatsächlich durch schulinterne Übergänge schon belegt sind. Das nehme ich mal als Beispiel dafür, dass in der öffentlichen Wahrnehmung eine Problematik insbesondere für die Gemeinschaftsschulen ohne eigene Oberstufe entsteht, oder dass sie zum Beispiel manchmal in der Presse gar nicht als mögliche Schulen gelistet werden, die man anwählen kann. Deswegen sind diese Handlungsempfehlungen zu deutlicher Unterstützung in der Öffentlichkeitsarbeit, insbesondere für solche Gemeinschaftsschulen, die sehr um Schüler von außen ringen, durchaus positiv zu bewerten.

Dann ist es natürlich so, dass in solchen Schulen mitunter auch eine Fragestellung entsteht: Warum sind wir eigentlich Gemeinschaftsschule? –, wenn man diese Übergangszahlen gar nicht erreicht, und dass durchaus Kollegien dann auch fragen: Verlieren wir Ressourcen? Wäre es nicht sinnvoller, wir wären eine Grundschule und eine ISS? – Das sind natürlich Herausforderungen, denen man sich an diesen Schulen ohne Oberstufe auch stellen muss.

Die Verwirklichung der Idee der Gemeinschaftsschule ist tatsächlich durch das Nichtvorhandensein einer Oberstufe deutlich beeinträchtigt. Dieses Risiko, das beschrieben wurde, was es mit den ISS ohne Oberstufe macht, wenn wir mehr Gemeinschaftsschulen mit Oberstufe haben, kann ich gut nachempfinden, denn das ist genau die Situation, in der sich auch einige Gemeinschaftsschulen in Berlin befinden, dass dann diese Homogenisierung einsetzt. Insofern überlasse ich diese systemische Antwort gern denjenigen, die dann stärker noch auf ein System schauen, ohne dass ich jetzt sage, dass ich aus einer Einzelschule heraus gesprochen habe, denn wir haben in Berlin tatsächlich mehrere Gemeinschaftsschulen, die das sehr stark betrifft und die dadurch auch die Frage nach ihrer eigenen Identität stellen müssen.

Vorsitzende Sandra Khalatbari: Vielen Dank! – Herr Bezirksstadtrat Hehmke, bitte sehr!

Bezirksstadtrat Andy Hehmke (BA Friedrichshain-Kreuzberg): Vielen Dank! – Die Fragen waren so zahlreich, dass ich um Nachsicht bitte, dass ich vielleicht nicht alles, das sich nicht explizit an mich richtete, ausführlich beantwortete. Ich glaube, darauf haben andere Beiträge Antworten gefunden.

Zur Frage: Folgt dem Angebot die Nachfrage oder umgedreht? – Ich würde sagen, wir haben beides. Eltern, denen ich begegne, sagen in der Regel nicht, wenn ihr Kind in Klasse 1 oder 2 ist: Mein Kind soll auf dieser oder jener Schulform landen –, sondern Eltern wünschen sich, dass ihr Kind eine schulische Entwicklung nimmt, die den Interessen und den Leistungsvoraussetzungen des Kindes entspricht, wo das Kind sich wohlfühlt, wo es wenig Gewalt gibt, wo es eine gute Pädagogik gibt und wo das Kind, in Klasse 1 und 2 weiß man das in der Regel noch nicht, entsprechend seinem Leistungsvermögen den bestmöglichen Schulabschluss erlangen kann. In Hessen ist das anders. Ich habe da Verwandtschaft. Da sagen mir die Leute, wenn ihr Kind in Klasse 1 ist, ganz deutlich, in welche Schulform das Kind nach der 4. Klasse wechseln soll. Deswegen glaube ich, dass wir schon Steuerungsmöglichkeiten haben, und dem kommen wir auch nach. Die Beobachtung ist ganz eindeutig. Diese Frage ist auch von einigen gestellt worden. Natürlich haben ISS und Gemeinschaftsschulen, die eine gymnasiale Oberstufe anbieten, eine höhere Nachfrage. Das haben wir bei allen Schulen gemerkt, bei denen wir eine gymnasiale Oberstufe, zumeist im Verbund, eingerichtet haben, dass die Nachfrage enorm gestiegen ist. Das ist nicht nur der demografischen Entwicklung geschuldet, sondern dem Angebot der Schule. Die Kinder machen dort nicht alle das Abitur. Die verlassen die Schule häufig nach Klasse 10. Aber allein die Aussicht, dass es die Möglichkeit gibt, verstärkt die Nachfrage. – So viel nur dazu.

Das Verhältnis von Bezirk und Senat würde ich als sehr konstruktiv bezeichnen. Mein Ansprechpartner ist Herr Staatssekretär Dr. Kühne. Die Zusammenarbeit ist in der Regel durch die Überschrift „Pragmatismus“ geprägt. Wir arbeiten beide mit knappen Ressourcen, räumlich, finanziell wie auch immer. Wenn das dem Bedarf entspricht und auch die Unterstützung aus den Schulgemeinschaften da ist, finden wir in der Regel konsensuale Lösungen. Dafür würde ich mich an der Stelle mal ausdrücklich bedanken, weil ich glaube, in der bezirklichen Schulpolitik geht es in der Regel weniger um ideologische Fragestellungen, sondern um knallharte Realitäten und zwingende, unter Zeitdruck entstehende Lösungen. Das sehe ich konstruktiv, und da habe ich, glaube ich, keine Vorzugsbehandlung, sondern die Zusammenarbeit halte ich allgemein für gut, sachlich und pragmatisch.

Wie steuert man Fusionen, wenn Grundschulen und ISS so dicht beieinanderliegen, dass sich das anbietet? – Ich glaube, es gibt keine Blaupause. Wir hatten im Ortsteil Friedrichshain vor einigen Jahren die Situation, dass eine Grundschule direkt auf dem Grundstück einer ISS gebaut wurde. Das konnte nicht von vornherein als Gemeinschaftsschule geplant werden, weil die noch im Modellversuch und keine Regelschulform war, aber wir haben sehr schnell, und ich habe sehr schnell gesagt, das macht doch überhaupt keinen Sinn, weil die beiden Baukörper von Anfang an miteinander verbunden werden sollten. Die Schulgemeinschaft des Grundschulteils wünschte sich dann schnellstmöglich eine Fusion zur Gemeinschaftsschule, die ISS nicht. Dann war es eine bezirkliche Entscheidung, und dann habe ich gegen den Willen der ISS gesagt: Okay, eine Seite will es, die andere Seite will es nicht. Was machen wir jetzt? – Im Zweifel haben wir gesagt, wir machen das jetzt. Das hat nicht dazu geführt, dass die Mehrheit der Lehrerinnen und Lehrer von der ISS geflüchtet ist, sondern es hat ein bisschen Zeit des Zusammenwachsens gebraucht, und es war auch noch ein bisschen Vorlaufzeit da. Ich glaube, das hat dort gut funktioniert. Mittlerweile hat diese Gemeinschaftsschule von allen, die ich habe, die höchste Übergangsquote von der Primarstufe in die Sek I. Das zeigt also auch, dass man Schulgemeinschaften, die anfangs sehr skeptisch sind, im Laufe eines Entwicklungsprozesses mitnehmen und unterstützen kann.

Wie hat sich der Bedarf ISS/Gemeinschaftsschulen im Verhältnis zu den Gymnasien entwickelt? – Wir haben mit den neuen Zugangsvoraussetzungen berlinweit, glaube ich, keine wirklich krasse, aber immerhin eine wahrnehmbare Verschiebung weg vom Gymnasium hin zur ISS/Gemeinschaftsschule, rein zahlenmäßig. In meinem Bezirk Friedrichshain-Kreuzberg ist es so, dass wir nach wie vor an allen Schulformen ab Klasse 7 eine Übernachtfrage haben. Deswegen stellen sich bei mir bestimmte Diskussionen nicht, sondern alle Schulformen – nicht alle Einzelschulen, aber alle Schulformen in der Gesamtschau – sind übernachtgefragt. Deswegen hat der Bezirk hier natürlich die Aufgabe und den Auftrag, darüber sind wir uns mit der Senatsverwaltung völlig einig, dass wir mehr Sek-I-Kapazitäten ausbilden müssen, und zwar unabhängig von der Schulform, und das tun wir auch.

Die Gelingensbedingungen für Schulfusionen, das ist, glaube ich, von Frau Brychey eingangs gesagt worden: Natürlich wünsche ich mir auch als Anhänger der Schulform Gemeinschaftsschule, dass die Landesebene bestimmte Rahmenbedingungen besser setzt und Schulen die Umwandlung zur Gemeinschaftsschule erleichtert. Mit welchen Instrumenten das möglich ist, steht zum Teil in Ihrem Antrag, und das haben wir auch an anderer Stelle schon diskutiert. Die Bezirke sind hier aufgefordert mitzuwirken. Ich war vorhin beim Thema „Realitäten aussprechen“. Im Januar haben wir sehr viel über Resilienz gesprochen. Das ist eine Frage, die sich jetzt nicht stellt, aber ich habe den Schulen natürlich gesagt, insbesondere den Grundschulleitungen: Wenn Sie in den Dreißigerjahren als Grundschule dauerhaft einer erfolgreichen Zukunft und Nachfrage entgegensetzen wollen, rate ich Ihnen, denken Sie darüber nach, inklusive Schwerpunktschule zu werden, Züge der Staatlichen Europa-Schule – SESB – anzubieten oder Gemeinschaftsschule zu werden. – Denn alle drei Instrumente machen Schulen resilient vor gegebenenfalls in den Dreißigerjahren kommenden Schließungsdiskussionen. Das ist keine Diskussion der nächsten Wahlperiode, aber wenn die demografische Entwicklung so weitergeht, glaube ich, dass wir darüber reden sollten und dann auch Wahrheiten aussprechen müssen. Allein diese Ansage von mir im Januar hat dazu geführt, dass jetzt tatsächlich Schulleitungen auf mich zu gekommen sind und gesagt haben: Wir können uns das durchaus vorstellen. – Im Falle einer ISS und einer Grundschule in Friedrichshain, die relativ dicht beieinanderliegen, haben beide Seiten mit ihrer Schulkonferenz schon dem Wunsch

Ausdruck verliehen, als Gemeinschaftsschule zu fusionieren. Man muss Realitäten also auch aussprechen. Das soll kein Zwang sein, aber ich glaube, man muss Rahmenbedingungen klar benennen, um Schulen eine Orientierung zu geben, in welche Richtung sie sich entwickeln könnten, um erfolgreich zu sein.

Die Zunahme der Segregation im Schulsystem verhindern, war die Frage von Frau Lasić. Ich habe eingangs gesagt, dass Eltern sich im Grunde gute Schulen wünschen, die zu jedem Abschluss führen. Ich glaube, die Segregation im Schulsystem kann dadurch vermindert werden, dass man den ISS und Gemeinschaftsschulen die Chance gibt, sich zu so attraktiven und guten Schulen zu entwickeln, dass Eltern tatsächlich eine Wahl zwischen Gymnasium, ISS und Gemeinschaftsschule haben. Diese Wahl stellt sich in Hessen so nicht oder unter ganz anderen Voraussetzungen, in Berlin schon. Meine am meisten übernachgefragte Schule, und das war viele Jahre anders, ist eine ISS, und zwar mit Abstand. Ich habe natürlich auch übernachgefragte Gymnasien, aber wenn Eltern eine ISS aufgrund ihres Unterrichtsangebots, aufgrund ihrer Pädagogik, aufgrund der äußeren Rahmenbedingungen attraktiv finden, dann kann das auch so sein. Wir haben aber natürlich auch Gymnasien, die wahnsinnig übernachgefragt und weiterhin attraktiv sind. Meine Aufgabe als Schulstadtrat ist es nicht, die Grundsatzfrage zu stellen, ob wir nur noch eine Schulform brauchen, sondern alle Schulen bei ihrer Entwicklung im Bezirk zu unterstützen. Der Schwerpunkt liegt bei mir aber, wie gesagt, darauf, die Chancen, attraktiver zu werden, für die ISS und die Gemeinschaftsschulen zu erhöhen, denn die Gymnasien sind bei uns per se attraktiv und übernachgefragt.

Vorsitzende Sandra Khalatbari: Ich darf auf die Zeit schauen, acht Minuten, weil wir auch Herrn Sandau noch hören wollen.

Bezirksstadtrat Andy Hehmke (BA Friedrichshain-Kreuzberg): Ich würde an der Stelle mal abbrechen. Ich glaube, die anderen Fragen fügen sich in etwa in das ein, was ich schon ausgeführt habe. – Vielen Dank!

Vorsitzende Sandra Khalatbari: Es ist natürlich immer misslich, wenn man die Anzuhörenden unterbrechen oder auf die Redezeit – in Anführungszeichen – hinweisen muss, weil natürlich die Zielsetzung ist, dass die Fragen beantwortet werden, aber mit Blick auf die Zeit und darauf, dass der Ausschuss sowieso schon um eine Stunde verlängert worden ist, wir die Anhörung aber auch später angefangen haben, danke ich Ihnen, Herr Bezirksstadtrat Hehmke, und gebe an Herrn Sandau. – Bitte sehr!

Matthias Sandau (FiBS): Vielen Dank! – Auch ich versuche, mich hier auf die wichtigen Punkte zu konzentrieren. Zum Ersten die Frage zur Studie: Wir haben diese eine Studie durchgeführt, das war das Dritte, das ich präsentiert hatte. Das waren Interviews, und es ist ganz klar, dass es da keinen Anspruch auf Repräsentativität gibt. Man muss auch sagen: Wir haben sehr viele Gymnasien angefragt, und es hat nur eines geantwortet. Das ist aber gar kein Bashing, ich will nur sagen, dass da normative Debatten laufen, die das nicht so leicht machen. Begriffe wie Einheitsschule oder Polytechnische Oberschule und diese direkten Vergleiche machen es natürlich nicht einfacher, darüber offen zu sprechen.

Ich will auf den Punkt der freien Elternwahl eingehen. Das ist natürlich ganz zentral, und für eine freie Wahl braucht man auch Informationen. Die Informationen und der Austausch darüber, zur Gemeinschaftsschule, zur Fusion, muss gewährleistet werden, das haben uns alle

Akteure gesagt. Nur gemeinsam geht das. Das heißt nicht, dass man das machen muss. Wenn die Akteure dagegen sind, sie einen guten Grund haben und gut informiert sind, ist das keine Frage. Nichtsdestotrotz sollte informiert werden, und diese Informationslage ist momentan nicht gegeben, sowohl von der öffentlichen Seite aus nicht als auch oft nicht in den Fusionsprozessen. Dafür kann man auf jeden Fall mehr tun, und das sagen auch unsere Handlungsempfehlungen. – Das dazu.

Zur Nachfrage, zu dem internationalen Vergleich und dazu, wie andere Länder das gemacht haben, wie auch Spitzenplätze besetzt werden: Ich kann darauf jetzt nicht im Detail eingehen. Was ich aber präsentiert habe und was da ist, ist ein Stand der Forschung, der sowohl auf – man sagt ja – die Selektion zwischen Schulformen als auch innerhalb der Schulform eingeht. Dieser Stand der Forschung ist in diesen beiden Themen, nicht nach Untergruppe Inklusion oder nach anderen Untergruppen, aber in dieser Ganzheit sehr gut beforscht. Ich kann noch einmal darauf hinweisen, dass die unteren sozioökonomischen Schichten in all diesen Studien beim gemeinsamen Lernen im Durchschnitt deutlich stark nach oben gehoben werden. Was man machen kann, ist natürlich, alle Schulformen abzuschaffen. Das ist das Beste, was man machen kann. Das zeigen uns die skandinavischen Länder, die haben das schon vor 50, 70, 80 oder was auch immer Jahren gemacht. Die fahren gut damit, die sind auf den Spitzenplätzen. Ich glaube, diese Debatte stellt sich hier jetzt gerade nicht, aber das würde zum Erfolg führen.

Nichtsdestotrotz ist die Gemeinschaftsschule sicherlich eine gute Option neben anderen Schulformen, und das zeigen auch unsere Studien. Es braucht natürlich auch ein bisschen Zeit, um so ein System oder diese Schulform zu etablieren, auch jahrgangsübergreifendes Lernen. Das geht nicht sofort, und dafür braucht es einerseits Akzeptanz. Ich kenne die genauen Gründe nicht, warum es abgeschafft wurde, das muss ich sagen, aber es benötigt auf jeden Fall – nicht abgeschafft, sondern dass die Möglichkeit gegeben wurde, dass es nicht durchgeführt wird, wenn ich das richtig verstehe. Ich kenne die genauen Gründe nicht. Ich kann nur sagen, dass jahrgangsübergreifendes Lernen ein relativ neues Konzept ist. Die neueste Studienlage dazu sieht deutlich positive Befunde bei diesem Konzept, wenn man es denn richtig durchführt und natürlich auch, wenn alle an einem Strang ziehen. Das ist aber bei den Gemeinschaftsschulen sowieso die Essenz. Dazu sagen uns jedenfalls unsere Studie und die Akteure, die wir befragt haben, dass es Kern ist, dahin zu kommen. – Ich hoffe, dass ich alles beantwortet habe und würde hier jetzt vorzeitig aufhören.

Vorsitzende Sandra Khalatbari: Dann danke ich Ihnen, Herr Sandau. – Es gab hier gerade Abstimmungen. Dann würde ich vorschlagen, dass wir jetzt zur Beantwortung an den Senat abgeben, weil auch einige Fragen an den Senat gestellt worden sind. – Frau Senatorin Günther-Wünsch, bitte sehr!

Senatorin Katharina Günther-Wünsch (SenBJF): Vielen Dank, Frau Vorsitzende! – Werte Abgeordnete! Ich versuche, es relativ kurz zu halten. – Frau Brychcy, Sie fragten nach den Transferleistungen. Der Zugang zum Gymnasium, das wissen Sie, erfolgt aufgrund der Förderprognose anhand der Daten aus den Halbjahren 5/2 und 6/1. Da spielen so etwas wie die Transferleistungen keine Rolle. Gleichzeitig sind wir uns einig, und das haben auch Anfragen aus Ihrer Fraktion und aus anderen Fraktionen schon ergeben, dass wir gar keinen wirklich guten Überblick über antragsberechtigte Kinder haben, gar nicht alle, die in Haushalten mit Bezügen leben. Das hängt damit zusammen, dass es natürlich im Land Berlin aufgrund der

kostenfreien Schulpolitik nicht so einen Handlungsdruck in allen Familien gibt, wie das in anderen Bundesländern der Fall ist, sodass ich zumindest bei dem Thema der Leistungen nach dem Bildungs- und Teilhabepaket – BuT – immer sehr vorsichtig bin, wie valide und aussagekräftig die Daten sind.

Zum Thema Inklusion: Die Daten haben Sie genannt, und trotzdem, finde ich, gehören noch ein paar andere Fakten zum Ehrlichmachen dazu. Sowohl die ISS als auch die Gemeinschaftsschulen erhalten eine ganz andere Ressourcenzuweisung, um tatsächlich Inklusion zu gewährleisten. Wir alle wissen, dass das Gymnasium ein sehr ressourcenschonendes System ist, wenn wir über die Lehrstundenzuweisung sprechen. Wenn Sie wissen, dass 96 Prozent der Lehrerstunden, die an Gymnasien zugewiesen werden, allein zur Erteilung der Stundentafel dienen, während das an den ISS und Gemeinschaftsschulen zwei Drittel sind, und ein Drittel für tatsächlich – ich nenne es allgemein – zusätzliche Angebote, die natürlich genau auf die individuelle Förderung und das Thema Inklusion abzielen, dann muss man das auch erwähnen. Dann muss man auch über die Debatte der Ressourcen und der Klassengrößen et cetera sprechen. Diese sind einfach schulgesetzlich anders geregelt. Das heißt, die rein technischen Rahmendaten eines Gymnasiums, was Klassengröße und Personalzuweisung betrifft, sind andere als an den Integrierten Sekundarschulen und an den Gemeinschaftsschulen. Wenn man das ehrlich vergleichen will, müsste man andere Voraussetzungen schaffen.

Ich möchte auch einmal ganz klar sagen, dass wir wirklich auch Gymnasien haben, die dennoch inklusive Schulplätze anbieten. Ich glaube, eines der vorbildlichsten – ich denke, das wird Ihnen alles bekannt sein – ist das jetzt Margot-Friedländer-Gymnasium in Spandau, das seit vielen Jahrzehnten einen sehr inklusiven Weg geht und dort vorbildlich ist. Ich würde mir auch wünschen, dass mehr Gymnasien diesen Weg gehen, aber dann müssten wir sie in dieselbe Lage versetzen, wie es an den Integrierten Sekundarschulen und Gemeinschaftsschulen der Fall ist, damit sie ehrlich entscheiden könnten und die Voraussetzungen haben.

Das Zweite ist das, was jetzt hier mehrmals thematisiert worden ist: Ein Drittel der Schülerinnen und Schüler mit Gymnasialempfehlung entscheidet sich für Integrierte Sekundarschulen. An dieser Stelle müssen wir uns ebenso ehrlich machen. Ich habe gar kein Störgefühl damit, wenn das Land Berlin sagt, es führt G9 neben G8 ein, aber dann müssen wir uns die Integrierten Sekundarschulen anschauen, die diese Schülerschaft haben, und wenn dort 80 Prozent der Schülerinnen und Schüler deutlich unter 2,0 liegen, dann ist das keine heterogene Schülerschaft, sondern dann ist das eine Schülerschaft, wie wir sie an den Gymnasien ebenso vorfinden, und dann muss die Ressourcenzuweisung da auch angepasst werden. Von mir aus können wir gern G8 und G9 parallel machen, aber ich schaue mal zu Herrn Giese: Ich glaube, unter Kollegen aus Neukölln, die mal eine Gemeinschaftsschule geleitet haben, wissen wir, wie wir Ressourcen einsetzen können, wenn wir eine Gemeinschaftsschule und dann noch in solchen Sozialräumen haben, wie ich sie gerade beschrieben habe, oder wenn ich eine ISS mit Oberstufe oder eine Gemeinschaftsschule leite und eine Schülerschaft habe, wie ich sie gerade skizziert habe. Das ist sehr attraktiv, weil dann nämlich das eine Drittel zusätzliche Personalressource nicht in Förderangebote und inklusive Angebote geht, sondern in sehr interessante Angebote, die es attraktiv machen, und das noch bei einer kleineren Klassengröße. Ich finde, das gehört nur wirklich alles zum Ehrlichmachen und zum Gesamtbild dazu, wenn wir darüber sprechen wollen.

Ich möchte auch noch zu bedenken geben, dass wir durchaus Gemeinschaftsschulen ab Klasse 1 durchweg haben, da schaue ich auch zu Herrn Sandau, und ich muss ganz klar sagen, die Heterogenität ist insbesondere ab dem weiterführenden Schulteil nicht gegeben, denn wir haben dann eine hohe Übergangsquote. Der Grundschulteil setzt sich aus einer sozialräumlichen Nähe zusammen. Sie alle wissen, wie Sozialräume strukturiert sind: Sie sind nicht wirklich heterogen, also die wenigsten. Das behaupte ich jetzt einfach mal. Das können die Bezirksstadträte noch besser analysieren. Dann sehen Sie natürlich nach oben auch eine homogene Schülerschaft aufwachsen, und das meine ich dann auch in der Gemeinschaftsschule in beide Richtungen. Dann ist natürlich dieser Mehrwert, den Sie gerade im besten Sinne der Gemeinschaftsschule skizziert haben, nicht gegeben, weil dann dieses gemeinsame Lernen in beide Richtungen nicht vorhanden ist, sondern wir Einbahnstraßen haben. Ich sage nicht, dass das überall so ist, aber wenn man das so anlegt, weil eine Grundschule einfach so strukturiert ist – kurze Beine, kurze Wege – und dort eine Schulplanungsregion und ein Einzugsgebiet vorhanden sind, muss das alles in eine solche Überlegung mit einfließen. Das ist das, was die Kollegin Lasić mit der Frage meinte: Was hat das eigentlich für Kollateralauswirkungen auf die anderen, umliegenden Schulen?

Zum Thema Gemeinschaftsschule an der Landsberger Straße; jetzt ist Frau Kittler weg, ich würde ihr trotzdem die Antwort geben: Ja, es wurde, übrigens bewusst im eigenen Wahlkreis, die Gemeinschaftsschule gegründet. Sie ist temporär, weil der Bezirksstadtrat genau das macht, was Frau Lasić gesagt hat, nämlich zu schauen. Es werden dort einige Quartiere gebaut, und wir werden einfach schauen müssen, was in 10, 15 Jahren ist, ob dann die Gemeinschaftsschule entscheidend ist, ob es eine reine weiterführende Schule oder eine Grundschule ist oder ob es eine Gemeinschaftsschule bleibt. Das kann momentan dort keiner entscheiden. In dem Kiez ist eine hohe Dynamik, was Bauen und Wohnraum betrifft. Da kann jetzt keiner entscheiden, wie es ist. Da bot es sich an, weil es eine Neugründung ist, das zunächst temporär zu machen. Es ist dort aber auch ein politischer Wille des Bezirks gewesen, bevor dort überhaupt Kinder eingezogen sind, das zur Gemeinschaftsschule zu machen. Das ist der einzige Grund. – Das sind die Fragen, die ich mir notiert hatte. – Vielen Dank!

Vorsitzende Sandra Khalatbari: Vielen herzlichen Dank, Frau Senatorin! – Dann bleibt mir an dieser Stelle, ganz herzlichen Dank an die Anzuhörenden und die Vertreter der Bezirke für die Teilnahme an der heutigen Sitzung zu sagen. Wir haben etwas überzogen. Schön, dass Sie da waren und dass Sie unsere Fragen so umfänglich beantwortet haben! Sie dürfen natürlich gern hier bleiben, aber Sie dürfen sich auch auf den Weg machen, wohin auch immer der Sie führen mag.

Dann kommen wir zur Abstimmung zu Punkt 6 b, das ist der Antrag der – – Frau Brychey!

Franziska Brychey (LINKE): Ich würde gern Dringlichkeit für unseren Antrag und stellvertretend für den der Grünen beantragen. – Danke!

Vorsitzende Sandra Khalatbari: Gut! – Dann stimmen wir erst mal über den regulären Antrag der Fraktion Die Linke Drucksache 19/2661 ab. Wer diesem Antrag der Linksfraktion zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Linksfraktion und die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen. Wer ist dagegen? – Das sind alle anderen Fraktionen. Wer enthält sich? – Dann in dem Moment niemand. Der Antrag wurde, auch mit dem geänderten Berichtsdatum, abgelehnt.

Dann stimmen wir über die Dringlichkeit dieses Antrags ab. Wer der Dringlichkeit dieses Antrags zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind Bündnis 90/Die Grünen und die Linksfraktion. Wer ist dagegen? – Das sind die Koalitionsfraktionen und die AfD-Fraktion. Deshalb ist die Dringlichkeit abgelehnt.

Dann kommen wir zur Abstimmung zu Punkt 6 c über den Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Drucksache 19/3241. Wer diesem Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und die Linksfraktion. Wer ist dagegen? – Das sind alle weiteren Fraktionen. Deshalb gibt es keine Enthaltungen. Dieser Antrag ist abgelehnt.

Dann stimmen wir über die Dringlichkeit dieses Antrags ab. Wer dem Antrag der Dringlichkeit zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Linksfraktion und die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen. Wer ist gegen die Dringlichkeit? – Das sind alle weiteren Fraktionen. Damit kann es keine Enthaltungen geben, und deshalb ist der Dringlichkeit nicht zugestimmt worden.

Die Anträge zu den Punkten 6 b und 6 c wurden entsprechend abgelehnt. Es ergeht die entsprechende Beschlussempfehlung an das Plenum. Die Punkte 6 a und 6 d der Tagesordnung schließen wir ab. – Ich sehe keinen Widerspruch.

Punkt 7 der Tagesordnung

Verschiedenes

Siehe Beschlussprotokoll.